

Bundesverfassung



der

Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Im Namen Gottes des ALLMÄCHTIGEN!

Die schweizerische Eidgenossenschaft,

in der Absicht den Bund der Eidgenossen zu befestigen, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu erhalten und zu fördern, hat nachstehende Bundesverfassung angenommen:

Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

Die durch gegenwärtigen Bund vereinigten Völkerschaften der zwei und zwanzig souveränen Cantone als: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Glarus, Zug, Freyburg, Solothurn,

Basel (Stadt und Land), Schaffhausen, Appenzell (beider Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf bilden in ihrer Gesammtheit die schweizerische Eidgenossenschaft.

Art. 2.

Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.

Art. 3.

Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesgewalt beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt übertragen sind.

Art. 4.

Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich. Es giebt in der Schweiz keine Unterthanenverhältnisse, keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familien oder Personen.

Art. 5.

Der Bund gewährleistet den Kantonen ihr Gebiet, ihre Souveränität innert den Schranken des Artikels 3, ihre Verfassungen, die Freiheit, die Rechte des Volkes und die verfassungsmässigen Rechte der Bürger gleich den Rechten und Befugnissen, welche das Volk den Behörden übertragen hat.

Art. 6.

Die Kantone sind verpflichtet, für ihre Verfassungen die Gewährleistung des Bundes nachzusuchen.

Der Bund übernimmt diese Gewährleistung in folgenden:

a. sie müssen den Vorschriften der Bundesverfassung zuwiderlaufende nicht enthalten;

b. für die Ausübung der politischen Rechte vorgeschriebenen Repräsentativen oder Demokratischen Formen;

c. für vom Volke angenommene Gesetze und Beschlüsse, wenn die absolute Mehrheit der Stimmen es verlangt.

Art. 7.

Besondere Bündnisse und Verträge politischen Inhalts zwischen den Kantonen sind untersagt.

Dagegen steht ihnen das Recht zu, Verkommnisse über Gegenstände der Gesetzgebung, des Gerichtswesens und der Verwaltung unter sich abzuschließen; jedoch haben sie dieselben der Bundesbehörde zur Einsicht vorzulegen, welche, wenn diese Verkommnisse etwas dem Bund oder den Rechten anderer Kantone Zuwiderlaufendes enthalten, deren Vollziehung zu hindern befugt ist. Im entgegengesetzten Falle sind die betreffenden Kantone berechtigt, zur Vollziehung die Mitwirkung der Bundesbehörden anzurufen.

Art. 8.

Dem Bund allein steht das Recht zu, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und Verträge, namentlich Zoll- und Handelsverträge mit dem Ausland einzugehen.

Art. 9.

Ausnahmsweise bleibt den Kantonen die Befugniß, Verträge über Gegenstände der Nationalwirthschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei mit dem Ausland abzuschließen; jedoch dürfen dieselben nichts dem Bund oder den Rechten anderer Kantone Zuwiderlaufendes enthalten.

Art. 10.

Der amtliche Verkehr zwischen Kantonen und außer-

ligen Verhältnissen, soweit in ihren Militärverfassungen, findet hierin Vereinbarung der Bundesversammlung statt.

Über die im Art. 9 bezeichneten Gegenstände können zudem die Kantone mit den außerordentlichen Gesandten und Commissären eines auswärtigen Staates in unmittelbaren Verkehr treten.

Art. 11.

Es dürfen keine Militärkapitulationen abgeschlossen werden.

Art. 12.

Die Mitglieder der Bundesbehörden, die eidgenössischen Civil- und Militärbeamten und die eidgenössischen Repräsentanten oder Commissarien dürfen von auswärtigen Regierungen weder Pensionen oder Gehalte, noch Titel, Geschenke oder Orden annehmen.

Sind sie bereits im Besitze von Pensionen, Titeln oder Orden, so haben sie für ihre Amtsdauer auf den Genuß der Pensionen und das Tragen der Titel und Orden zu verzichten.

Außerordentliche Commissionen und Ausschüsse kann jedoch vom Bundesrath die Fortbezug von Pensionen bewilligt werden.

Art. 13.

Der Bund ist nicht befugt, stehende Heere zu halten.

Ohne Einwilligung der Bundesbehörde darf kein Kanton oder in geschlossenen Kantonen kein Landestheil mehr als 300 Mann stehende Heere halten, die Landjägerkorps nicht inbegriffen.

Art. 14.

Die Kantone sind verpflichtet, wenn Streitigkeiten zwischen einzelnen vorfallen, sich gegen Volksjustiz, sowie

für den Verwaltung zu entscheiden und sich der bündes- und diesen Entscheidung zu unterziehen.

Art. 15.

Wenn einem Kantone von Ausland plötzlich Gefahr droht, so ist die Regierung des bedrohten Kantons verpflichtet, andere Kantone zur Hülfe zu mahnen, unter gleichzeitiger Anzeige an die Bundesbehörde und unverzüglich den nöthigen Verfügungen dieser Letzteren. Die gemahnten Kantone sind zum Zuzuge verpflichtet. Die Kosten trägt der Eigene Verursacht.

Art. 16.

Bei gestörter Ordnung im Innern, oder wenn von einem andern Kantone Gefahr droht, hat die Regierung des bedrohten Kantons dem Bundesrathe sogleich Kenntniß zu geben, damit dieser innert den Schranken seiner Kompetenz (Art. 90, Nr. 3, 10 und 11) die nothwendigen Maßregeln treffen oder die Bundesversammlung einberufen kann. In dringenden Fällen ist die betroffene Regierung befugt, unter sofortiger Anzeige an den Bundesrath, andere Kantone zur Hülfe zu mahnen, und die gemahnten Kantone sind zur Hülfeleistung verpflichtet.

Wenn die Kantonsregierung außer Stande ist, Hülfe anzurufen, so kann, und wenn die Umstände es erheischen, so soll die kompetente Bundesbehörde von sich aus einschreiten.

In Fällen eidgenössischer Intervention sorgen die Bundesbehörden für Beachtung des Vorschriften von Art. 5.

Die Kosten trägt das gemahnte oder die eidgenössische Intervention veranlassende Kanton, wenn nicht die Bundesversammlung wegen besonderer Umstände etwas Anderes beschließt.

Art. 17.

In den zwei Art. 15 und 16 bezeichneten Fällen ist jeder

Kantone verpflichtet, den Truppen seinen Durchzug zu gestatten. Diese sind gehalten unter einander Leistung zu thun.

Art. 18.

Jeder Schweizer ist waffenpflichtig.

Art. 19.

Das Contingent, welches auf den Bestand der Kantone gebildet wird, besteht:

a. aus dem Contingent, wozu jeder Kanton auf 100 Seelen schweizerischer Bevölkerung 3 Mann zu stellen hat;

b. aus der Reserve, deren Bestand ein Viertel des Contingents beträgt.

In Zeiten des Krieges kann der Bund auch über die übrigen Mannschaften (ein Landwehr) seiner Kantone verfügen.

Die Mannschaftsskala, welche nach dem bezeichneten Modus, jeder Kanton für seinen Bestand enthält, ist alle zwanzig Jahre einer Revision zu unterwerfen.

Art. 20.

Um in dem Contingente die verfassungsmäßige Gleichmäßigkeit und Thätigkeit zu erzielen, werden folgende Grundsätze festgesetzt:

1) Ein Contingentgesetz bestimmt die allgemeine Organisation des Contingentes.

2) Der Bund übernimmt:

a. den Unterricht der Genietruppen, der Artillerie und der Kavallerie, wobei jedoch den Kantonen, welche diese Waffengattungen zu stellen haben, die Einübung der Mannschaft obliegt;

b. die Bildung der Instruktoren für die übrigen Waffengattungen;

c. für alle Waffengattungen den höheren Militärunterricht,

wozu es namentlich Militärschulen zu errichten und Zeughäuser anzulegen von Truppen anordnet;

d) die Besetzung eines Teils des Kriegsmaterials.

Die Installation des Militärunterrichts kann nötigenfalls durch die Bundesgesetzgebung weiter entwickelt werden.

3) Der Bund überwacht den Militärunterricht der Infanterie und der Scharfschützen, sowie die Aufbewahrung, den Lauf und Verbrauch des Kriegszeugs, welches die Kantone zum Bundesheere zu liefern haben.

4) Die Militärverordnungen der Kantone dürfen nicht entgegenstehen, was der nötigen Militärorganisation und den von den Kantonen obliegenden bundesmäßigen Verpflichtungen entgegen ist, und müssen zu diesfälliger Prüfung dem Bundesrate vorgelegt werden.

5) Alle Truppenabteilungen im eidgenössischen Dienste führen eidgenössische Fahnen.

Art. 21.

Dem Bunde steht das Recht zu, im Interesse der Eidgenossenschaft oder eines ganzen Teils derselben, auf Kosten der Eidgenossenschaft öffentliche Werke zu errichten oder die Errichtung derselben zu unterstützen.

Zu diesem Zwecke ist er auch befugt, gegen volle Entschädigung das Recht der Expropriation gegenüber zu machen. Die weitern Bestimmungen hierüber bleiben der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

Die Bundesversammlung kann die Errichtung öffentlicher Werke unterlassen, welche die militärischen Interessen der Eidgenossenschaft verletzen.

Art. 22.

Der Bund ist befugt, eine Universität und eine polytechnische Schule zu errichten.

Art. 23.

Das Zollwesen ist Sache des Bundes.

Art. 24.

Dem Bunde steht das Recht zu, die von der Bundesversammlung bewilligten oder anderweitig gemeinsam eingeführten Land- und Wasserzölle, Mauth- und Weggelder, insbesondere Salz- und andere Gebühren dieser Art, mögen dieselben von Kantonen, Gemeinden, Korporationen oder Privaten bezogen werden, gegen Entschädigung ganz oder theilweise aufzuheben. Die jetzigen Zölle und Weggelder, welche auf dem Verkehr lasten sollen, jedenfalls im ganzen Umfange des Eidgenossenschaft und zwar gleichzeitig eingelöst werden.

Die Eidgenossenschaft hat das Recht, an den schweizerischen Grenzen Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle zu erheben.

Sie ist berechtigt, gegenwärtig für das Zollwesen bestehende Gebräuchlichkeiten an den schweizerischen Grenzen gegen Entschädigung aufzuheben als eigenthümliche oder mittelbare für Benützung zu übernehmen.

Art. 25.

Bei Erhebung der Zölle sollen folgende Grundsätze beobachtet werden:

1. Eingangsgebühren:

a. Die für die inländische Industrie unentbehrlichen Rohstoffe sind mit Zolltarif möglichst gering zu belegen.

b. Ebenso die zum nothwendigen Lebensbedarf gehörigen Gegenstände.

c. Die Gegenstände des Luxus mit starken Zöllen zu belegen.

2. Durchgangsgebühren, und in das Kapitel dieser die Ausgangsgebühren, sind möglichst mässig festzusetzen.

3) Durch die Zollgesetzgebung sind zur Sicherung des Gewerb- und Marktverkehrs geeignete Bestimmungen zu treffen.

Dem Bunde bleibt immerhin das Recht vorbehalten, unter ausserordentlichen Umständen, in Abweichung von vorstehenden Bestimmungen, vorübergehend besondere Massregeln zu treffen.

Art. 26.

Der Ertrag der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle wird folgendermassen verwendet:

a. Jedem Kanton erfolgt 1 Batzen auf den Kopf nach dem Massstab der Gesammtbevölkerung, welche nach der Volkszählung von 1838 berechnet wird.

b. Wenn ein Kanton sein Antheil für die nach Art. 24 aufgehobenen Gebühren nicht vollständig erhebt wird, so hat er nur so viel zu beziehen, als nöthig ist, um ihn für dieselben Gebühren nach dem Durchschnitt des Reinertrags von den fünf Jahren, 1842 bis und mit 1846, zu entschädigen.

c. Die Mehreinnahmen fallen in die Bundeskasse.

Art. 27.

Wenn Zölle, Mauth- und Transitgebühren für Tilgung eines Entschädigungskapitals oder eines Theiles desselben bewilligt worden sind, so fällt der Bezug derselben oder die Entrichtung auf, sobald das Kapital oder der betreffende Theil nebst Zinsen getilgt ist.

Art. 28.

Von in bereits abgeschlossenen Handelsverträgen über Brückengebühren getroffenen Verfügungen soll durch gegenwärtige Bestimmungen keine Abänderung gemacht. Dagegen tritt der Bund in die durch solche Verträge den Kantonen in Beziehung auf die Brückengebühren vorbehaltenen Rechte.

Art. 29.

Für Lebensmittel, Vieh und Kaufmannswaaren, Landes- und Gewerbserzeugnisse jeder Art sind freier Kauf und Verkauf, freier Ein-, Aus- und Durchfuhr von einem Kanton in den andern gewährleistet.

Vorbehalten sind:

a. In Beziehung auf Kauf und Verkauf das Salz- und Pulvermonopol.

b. Polizeiliche Verfügungen der Kantone über die Ausübung von Handel und Gewerbe und über die Benützung von Wasser.

c. Verfügungen gegen schädlichen Vorkauf.

d. Vorübergehende sanitätspolizeiliche Massregeln bei Bedrohen.

Die in Lit. b und c bezeichneten Verfügungen müssen die Kantonsbürger und die Schweizerbürger anderer Kantone gleich behandeln. Sie sind dem Bundesrathe zur Prüfung vorzulegen und dürfen nicht vollzogen werden, als sie die Genehmigung desselben erhalten haben.

e. Die von der Verfassung bewilligten oder anerkannten Gebühren, wofür der Bund nicht aufgekommen hat (Art. 24 und 31).

f. Die Konsumogebühren auf Wein und andern geistigen Getränken, nach Vorschrift von Art. 32.

Art. 30.

Der Bundesgesetzgebung bleibt vorbehalten, hinsichtlich der Abfassung bestimmter Vorschriften in Bezug auf Ausmittlung von Personen und Waaren jeder Art zwischen den Kantonen und im Innern derselben auf dem Wasser und auf dem Lande, die nöthigen Verfügungen zu treffen, sowie die Eisenbahngesellschaft sindet ein Interesse hat.

Art. 31.

Der Ertrag der im Art. 29 Litt. c bezeichneten Gebühren fließt unter der Aufsicht des Bundesrathes. Die Kantone setzt und der Ertrag derselben dient zur Vergütigung der Bundesversammlung, wenn sie auf eine bestimmte Zeit beschränkt war, nicht verändert werden.

Die Kantone dürfen weder Zölle, Weg- noch Brückengelder unter irgend welchem Namen noch auflegen. Von der Bundesversammlung können jedoch auf bestimmte Zeit solche Gebühren bewilligt werden, um die Erstellung öffentlicher Werke zu unterstützen, welche im Sinne des Art. 21 von allgemeinem Interesse für den Verkehr sind und wenn solche Bewilligung nicht zu Stande kommen könnten.

Art. 32.

Die Kantone sind befugt, außer den nach Art. 29 Litt. c vorbehaltenen Erzeugnissen, von Wein und anderen geistigen Getränken Konsumogebühren zu erheben, jedoch unter folgenden Beschränkungen:

a. Bei dem Ertrag derselben soll der Verkauf in keiner Weise belästigt und der Verkehr überhaupt so wenig als möglich gehemmt und mit keinen andern Gebühren belegt werden.

b. Werden die für den Verbrauch eingeführten Gegenstände wieder aus dem Kanton ausgeführt, so sind die bezahlten Konsumogebühren ohne weitere Belästigung zurückzuerstatten.

c. Die Erzeugnisse schweizerischen Ursprungs sind mit niedrigeren Gebühren zu belegen als diejenigen des Auslandes.

d. Konsumogebühren auf Wein und anderen geistigen Getränken schweizerischen Ursprungs dürfen da, wo solche bestehen, nicht erhöht, und in Kantonen, welche noch

keinen Bezug, nicht eingeschränkt werden.

c. Die Gesetze und Verordnungen der Kantone über den Bezug der Konsumgebühren sind vom Bunde bezüglich der Vollziehung derselben zur Genehmigung vorzulegen, damit die Aufrechterhaltung vorstehender Grundsätze gesichert werden kann.

Art. 33.

Das Postwesen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft wird vom Bunde übernommen unter folgenden Vorschriften:

1) Die gegenwärtig bestehenden Postverbindungen dürfen im Ganzen ohne Zustimmung der betheiligten Kantone nicht vermindert werden.

2) Die Taxen werden im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft nach den gleichen möglichst billigen Grundsätzen bestimmt.

3) Die Unverletzbarkeit des Postgeheimnisses ist gewährleistet.

4) Für Abtretung des Postregals leistet der Bund Entschädigung, und zwar nach folgenden näheren Bestimmungen:

a. Die Kantone erhalten jährlich die Durchschnittssumme des reinen Ertrags, den sie in den drei Jahren 1844, 1845 und 1846, vom Postwesen auf ihren Kantonalgebieten bezogen haben.

Wenn jedoch der reine Ertrag, welchen der Bund vom Postwesen bezieht, für Bestreitung dieser Entschädigung nicht hinreicht, so wird den Kantonen das Mangelnde nach Verhältniß der festgesetzten Durchschnittssummen in Abzug gebracht.

b. Wenn ein Kanton vom Postwesen unmittelbar noch gar nichts, oder in Folge eines mit einem andern Kanton abgeschlossenen Postvertrages bedeutend weniger bezogen hat, als die Ausübung des Postregals

auf seinem Gebiete denjenigen Kantonen, die dasselbe eingerichtet hatten, unentgeltlich gewähren will, so sollen solche Verhältnisse bei Ausmittlung der Entschädigungssumme billige Berücksichtigung finden.

c. Wo die Ausübung des Postregals an Privaten abgetreten worden ist, übernimmt der Bund die diesfällige Entschädigung.

d. Der Bund ist berechtigt und verpflichtet, das zum Postwesen gehörige Material, soweit dasselbe zum Gebrauche desselben nöthig und unentbehrlich ist, gegen eine den Eigenthümern abzugewinnende billige Entschädigung zu übernehmen.

e. Die eidgenössische Verwaltung ist berechtigt, die gegenwärtig für das Postwesen bestimmten Gebäulichkeiten gegen Entschädigung entweder als Eigenthum oder aber nur zur Benutzung zu übernehmen.

Art. 34.

Bei der Verwaltung des Zoll- und Postwesens sind die Angestellten gehalten, aus den Einwohnern derjenigen Kantone zu wählen, für welche sie bestimmt sind.

Art. 35.

Der Bund übt die Oberaufsicht über die Wege- und Brückenbauten, zu deren Erhaltung die Eidgenossenschaft einen Beitrag hat.

Die nach Art. 26 und 33 den Kantonen für Zölle und Posten zukommenden Summen werden von der Bundesbehörde zurückbehalten, wenn diese Wege- und Brückenbauten von den betreffenden Kantonen, Korporationen oder Privaten nicht in gehörigem Zustand unterhalten werden.

Art. 36.

Dem Bunde steht die Ausübung alles im Münzregale

bezeichneten Kantone zu.

Die Münzprägung durch die Kantone darf auf und fest einzig vom Bunde aus.

Es ist Pflicht der Bundesgesetzgebung, den Münzfuß festzusetzen, die verschiedenen Münzsorten zu bezeichnen und die nähern Bestimmungen zu treffen, nach welchen die Kantone verpflichtet sind, von den von ihnen geprägten Münzen einen bestimmten oder einen geringern zu leisten.

Art. 37.

Der Bund wird auf die Grundlagen des bestehenden und gemäß Ziffer 5 für die ganze Eidgenossenschaft gleichen Maß und Gewicht einführen.

Art. 38.

Fabrikation und Verkauf des Pulvers im Innern, so wie der Eidgenossenschaft daran ausschließliches Recht dem Bunde zu.

Art. 39.

Die Ausgaben des Bundes werden bestritten:

a. Aus den Zinsen der allgemeinen Reinertrags;

b. aus dem Ertrag der schweizerischen Grenzzölle;

c. aus dem Ertrag der Postverwaltung;

d. aus dem Ertrag der Pulververwaltung;

e. aus Beiträgen der Kantone, welche jährlich in Folge von Ersparnissen der Bundesverwaltung erhoben werden können.

Solche Beiträge sind von den Kantonen nach Verhältniß der Bevölkerung zu leisten, welche alle zwanzig Jahre einer Revision zu unterwerfen ist. Bei einer solchen Revision selben soll die Bevölkerung, soll die Vermögens- und Gewerbsverhältnisse der Kantone zur Grundlage dienen.

Art. 40.

Es soll jederzeit wenigstens der Ertrag des doppelten

Gebührenordnung für Erteilung von Militärurlauben bei außerordentlichen Aufgeboten durch die Bundesbehörden.

Art. 41.

Der Bund gewährleistet allen Eidgenossen, welche einer der christlichen Konfessionen angehören, das Recht der freien Niederlassung im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft, mit folgenden näheren Bestimmungen:

1) Keinem Eidgenossen, der einer der christlichen Konfessionen angehört, kann die Niederlassung in irgend einem Kanton verweigert werden, wenn er folgende Ausweisschriften besitzt:

a. einen Heimatschein oder eine andere gleichbedeutende Ausweisschrift;

b. ein Zeugnis sittlicher Aufführung;

c. einen Leumund, daß er in bürgerlichen Rechten und Ehren lebe;

und wenn er auf Verlangen sich ausweisen kann, daß er über Vermögen, Erwerb oder Gewerbe sich und seine Familie zu ernähren im Stande sei.

Naturalisierte Eidgenossen müssen überdies die Erfüllung der Niederlassungsbedingungen, daß sie wenigstens fünf Jahre lang im Besitze eines Kantonsbürgerrechtes sich befinden.

2) Der Niederlassungsakt muß von Seite des die Niederlassung gestattenden Kantons mit seinem Bürgerrecht und mit keinen andern besondern Lasten belegt sein, als welche die Niederlassung belegt.

3) Ein Bürgerrecht wird für Taxen der Niederlassungsbewilligung, so wie das Maximum der zu erlangenden daselben an den Kanton zu entrichtenden Kanzleigebühren bestimmt.

4) Der Niederlassungsakt gewährt alle Rechte der Bürger des Kantons, in welchem er sich niedergelassen hat, mit

Ausübung des Stimmrechts in Gemeindeangelegenheiten und das Mitbestimmungsrecht in Gemeinde- und Korporationsgütern. Insbesondere wird ihre freie Gewerbeausübung und das Recht der Erwerbung und Veräußerung von Liegenschaften zugesichert, nach Maßgabe der Gesetze und Verordnungen des Kantons, die in allen diesen Einsetzungen den Niedergelassenen dem eigenen Bürger gleich gehalten sollen.

5) Den Niedergelassenen anderer Kantone können wegen Teile der Gemeinden keine ausgedehnteren Leistungen an Gemeindelasten auferlegt werden, als den Niedergelassenen des eigenen Kantons.

6) Der Niedergelassene kann aus dem Kanton, in welchem er niedergelassen ist, ausgewiesen werden:

a. durch gerichtliches Urtheil;

b. durch Verfügung der Polizeibehörden, wenn er die bürgerlichen Rechte und Ehren verloren hat, oder sich eines unsittlichen Wandels schuldig macht, oder durch Verwahrlosung zur Last fällt, oder schon oft wegen Übertretung polizeilicher Vorschriften bestraft worden müßte.

Art. 42.

Jeder Kantonsbürger ist Schweizerbürger. Als solcher kann er in eidgenössischen und kantonalen Angelegenheiten die politischen Rechte in jedem Kanton ausüben, in welchem er niedergelassen ist. Er kann aber diese Rechte nur unter den nämlichen Bedingungen ausüben, wie die Bürger des Kantons und in Ansehung auf die kantonalen Angelegenheiten nur nach einem längeren Aufenthalte, dessen Dauer durch die Kantonalgesetzgebung bestimmt wird, jedoch nicht über zwei Jahre ausgedehnt werden darf.

Niemand darf in mehr als einem Kanton politische Rechte ausüben.

Art. 43.

Kein Kanton darf einem Bürger das Bürgerrecht verweigern.

Ausländern darf kein Kanton das Bürgerrecht entziehen, wenn sie nicht aus dem schweizerischen Staatsverband ausgeschlossen werden.

Art. 44.

Die freie Ausübung des Gottesdienstes ist dem ausschließlichen Kompetenzbereich der Kantone im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet.

Den Kantonen, sowie dem Bunde, bleibt vorbehalten, die Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen die geeigneten Maßnahmen zu treffen.

Art. 45.

Die Pressfreiheit ist gewährleistet.

Über den Mißbrauch derselben trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen, welche jedoch der Genehmigung des Bundesrathes bedürfen.

Dem Bunde steht das Recht zu, Maßbestimmungen gegen den Mißbrauch der Presse zu erlassen, der gegen die Eidgenossenschaft und ihre Behörden gerichtet ist.

Art. 46.

Die Bürger haben das Recht, Vereine zu bilden, soweit solche weder in ihrem Zweck noch in den dafür bestimmten Mitteln rechtswidrig oder staatsgefährlich sind. Über den Mißbrauch dieses Rechtes trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen.

Art. 47.

Das Petitionsrecht ist gewährleistet.

Art. 48.

Sämmtliche Kantone sind verpflichtet, alle Schweizerbürger

gesetzliche Konzession in der Gesetzgebung sowohl als im gerichtlichen Verfahren den Bürgern des eigenen Kantons gleich zu halten.

Art. 49.

Die rechtskräftigen Zivilurteile, die in einem Kanton gefällt sind, sollen in der ganzen Schweiz vollzogen werden können.

Art. 50.

Der nichtniedergelassene schweizerische Schuldner, welcher ein festen Wohnsitz hat, muß für persönliche Ansprachen vor dem Richter seines Wohnortes gesucht, und es darf dafür für Zwangsmaßregeln auf das Vermögen eines solchen außer dem Kanton, in welchem er wohnt, kein Arrest gelegt werden.

Art. 51.

Alle Abzugsrechte im Innern der Schweiz, so wie die Abzugsrechte von Bürgern des einen Kantons gegen Bürger anderer Kantone sind abgeschafft.

Art. 52.

Gegen die auswärtigen Staaten behält Freizügigkeit, unter Vorbehalt des Gegenrechtes.

Art. 53.

Niemand darf seinem wahren Bürgerrechtsstand entzogen, und es können daher keine Ausnahmsgesetze eingeführt werden.

Art. 54.

Wegen politischen Vergehen darf kein Todesurteil gefällt werden.

Art. 55.

Ein Bundesgesetz wird über die Ausführung der Auslieferung der Angeklagten von einem Kanton an den andern Bestimmungen treffen; die Auslieferung kann jedoch für politische Vergehen

und für Prozesse gesetzt nicht verbindlich genannt werden.

Art. 56.

Die Ausmittlung von Bürgerrechten für Heimatlose und die Massregeln zur Verhinderung der Entstehung neuer Heimatlosen sind Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

Art. 57.

Dem Bunde steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem Schweizergebiete wegzuweisen.

Art. 58.

Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden.

Art. 59.

Die Bundesbehörden sind befugt, bei gemeingefährlichen Unruhen geeignete polizeiliche Verfügungen zu treffen.

Zweiter Abschnitt.

Bundesbehörden.

I. Bundesversammlung.

Art. 60.

Die oberste Gewalt des Bundes wird durch die Bundesversammlung ausgeübt, welche aus zwei Abtheilungen

Räthen

bürgern besteht:

A. Aus dem Nationalrath,

B. Aus dem Ständerath.

A. Nationalrath.

Art. 61.

Der Nationalrath wird aus Abgeordneten des schweizerischen Volkes gebildet. Auf je 20,000 Seelen der Gesammtbevölkerung wird ein Mitglied gewählt.

Ein Bruchtheil über 10,000 Seelen wird für 20,000 Seelen berechnet.

Jeder Kanton und bei getheilten Kantonen jeder der beiden Landestheile hat wenigstens ein Mitglied zu wählen.

Art. 62.

Die Wahlen für den Nationalrath sind direkte. Sie finden in möglichst gleichen Wahlkreisen statt, welche jedoch nicht über Theilen verschiedener Kantone gebildet werden können.

Art. 63.

Stimmberechtigt ist jeder Schweizer, der das zwanzigste Altersjahr zurückgelegt hat und im Uebrigen nach der Gesetzgebung des Kantons, in welchem er seinen Wohnsitz hat, nicht vom Aktivbürgerrecht ausgeschlossen ist.

Art. 64.

Wählbar als Mitglied des Nationalrathes ist jeder stimmberechtigte Schweizerbürger wo immer Landes.

Nationalräthe Schweizerbürger müssen seit wenigstens fünf Jahren das niedergelassene Bürgerrecht besitzen, um wählbar zu sein.

Art. 65.

Der Nationalrath wird auf die Dauer von drei Jahren

gewählt, und es findet jährlich Gesamterneuerung statt.

Art. 66.

Die Mitglieder des Nationalrates, des Ständerates und der Bundesversammlung können nicht zugleich Mitglieder des Nationalrates sein.

Art. 67.

Der Nationalrat wählt aus seiner Mitte für jede ordentliche und ausserordentliche Sitzung einen Präsidenten und Vizepräsidenten.

Derjenige Mitglied, welches während einer ordentlichen Sitzung die Rolle eines Präsidenten bekleidete, ist für die nächstfolgende ordentliche Sitzung weder als Präsident, noch als Vizepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden ordentlichen Sitzungen Vizepräsident sein.

Der Präsident hat bei gleich gutheißen Stimmen zu entscheiden; bei Wahlen fällt er das Stimmenlos aus, wie jedes Mitglied.

Art. 68.

Die Mitglieder des Nationalrates werden aus der Entschädigung entschädigt.

B. Ständerath.

Art. 69.

Der Ständerath besteht aus 44 Abgeordneten der Kantone. Jeder Kanton wählt zwei Abgeordnete; in den geteilten Kantonen jeder Landesteil einen Abgeordneten.

Art. 70.

Die Mitglieder des Nationalrates und des Ständerates können nicht zugleich Mitglieder des Ständerates sein.

Art. 71.

Der Bundesrath wählt für jede ordentliche oder außerordentliche Sitzung aus seiner Mitte einen Präsidenten und Vicepräsidenten.

Aus den Gesandten desjenigen Kantons, aus welchem für einen ordentlichen Sitzung der Präsident gewählt worden ist, kann für die nächstfolgende ordentliche Sitzung weder der Präsident noch der Vicepräsident gewählt werden.

Gesandte des gleichen Kantons können nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden ordentlichen Sitzungen die Stelle eines Vicepräsidenten bekleiden.

Der Präsident hat bei gleich getheilten Stimmen zu entscheiden; bei Wahlen übt er das Stimmrecht wie jedes Mitglied.

Art. 72.

Die Mitglieder des Bundesrathes werden von den Kantonen entschädigt.

C. Befugnisse der Bundesversammlung.

Art. 73.

Der Nationalrath und der Ständerath haben alle Gegenstände zu behandeln, welche nach Inhalt der gegenwärtigen Verfassung in die Kompetenz des Bundes gehören, und nicht einer andern Bundesbehörde zugewiesen sind.

Art. 74.

Die Gegenstände, welche in den Geschäftskreis beider Räthe fallen, sind insbesondere folgende:

1) Gesetze und Beschlüsse für Ausführung der Bundesverfassung, wie namentlich Gesetze über Bildung der Wahlkreise, über Wahlart, über Organisation und

Geschäftsgang der Bundesbehörden und Bildung der Bundesversammlung.

2) Entscheidung und Entschädigung der Mitglieder der Bundesbehörden und der Bundeskanzlei; Gewährung bleibender Garantien und Bestimmung ihres Gehalts.

3) Wahl der Bundesrathes, des Bundespräsidenten, des Kanzlers, des Generals, des Chefs des Stabes und niedern eidgenössischen Kriegsbeamten.

4) Anerkennung ausserordentlicher Mandate und Ratifikationen.

5) Bündnisse und Staatsverträge mit dem Auslande; sowie die Genehmigung von Staatsverträgen der Kantone unter sich oder mit dem Auslande. Solche Staatsverträge der Kantone gelangen jedoch nur dann an die Bundesversammlung, wenn vom Bundesrath oder einem andern Kanton Einsprache erhoben wird.

6) Massregeln für die äussere Sicherheit, für Erhaltung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse.

7) Garantie der Verfassungen und des Gebietes der Kantone; Intervention in Folge der Garantie; Massregeln für die innere Sicherheit, für Handhabung von Ruhe und Ordnung; Amnestie und Begnadigung.

8) Massregeln, welche die Handhabung der Bundesverfassung, die Garantie der Kantonalverfassungen, die Erfüllung der bundesmässigen Verpflichtungen und den Besitz der Rechte des Bundes gewährleistenden Kosten zum Zwecke haben.

9) Gesetzliche Bestimmungen über Organisation des eidgenössischen Militärwesens, über Unterricht der Truppen und über Leistungen des Kantons; Verfügungen über das Bundesheer.

10) Gesetzung der eidgenössischen Mannschafts- und Gehaltskala; gesetzliche Bestimmungen über Verwaltung und Verwendung des eidgenössischen Kriegsgutes; Ersatzung fremder Truppen durch Cantone; Aushebung; Verantwortlichkeit und Bestrafungen.

11) Gesetze und Concordate über Zölle, Postwesen, Münzen, Maß und Gewicht, Fabrikation und Verkauf von Pulver, Salz, Waffen und Munition.

12) Errichtung öffentlicher Anstalten und Werke und darauf bezügliche Expropriationen.

13) Gesetzliche Verfügungen über Niederlassungsverhältnisse; über Heimathlose, Fremdenpolizei und Sanitätswesen.

14) Die Oberaufsicht über die eidgenössische Verwaltung und Rechtspflege.

15) Concordate von Cantonen oder Übergang über Verfügungen des Bundesrathes.

16) Streitigkeiten unter den Cantonen, welche staatsrechtlicher Natur sind.

17) Kompetenzstreitigkeiten insbesondere darüber:

a. ob ein Gegenstand in den Kreis des Bundes oder der Cantonalsouveränetät gehöre;

b. ob einer Frage in die Kompetenz des Bundesrathes oder des Bundesgerichtes falle.

18) Revision der Bundesverfassung.

Art. 75.

Die beiden Räthe versammeln sich jährlich ein Mal zur ordentlichen Sitzung an einem Tage des Kalenderjahres.

Sie werden außerordentlich einberufen durch Beschluß des Bundesrathes, oder wenn ein Viertheil der Mitglieder des Nationalrathes oder fünf Cantone es verlangen.

Art. 76.

Um gültig verhandeln zu können, ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit der Mitglieder des betreffenden Rates erforderlich.

Art. 77.

Im Nationalrat und im Ständerat entscheidet die Mehrheit der Stimmenden.

Art. 78.

Für Einigungsantrag und Einigungsbeschluss ist die Zustimmung beider Räte erforderlich.

Art. 79.

Die Mitglieder beider Räte stimmen ohne Instruktion.

Art. 80.

Jeder Rat verhandelt abgesondert. Bei Wahlen (Art. 71, N. 3), bei Ausübung des Begnadigungsrechtes und für Entscheidung von Kompetenzkonflikten zwischen den beiden Räten unter der Leitung des Präsidenten des Nationalrates zu einer gemeinschaftlichen Verhandlung, so dass die absolute Mehrheit der stimmenden Mitglieder beider Räte entscheidet.

Art. 81.

Jedem der beiden Räte und jedem Mitglied derselben steht das Vorschlagsrecht (die Initiative) zu.

Das gleiche Recht kommt der Bundesversammlung zu.

Art. 82.

Die Sitzungen der beiden Räte sind in der Regel öffentlich.

II. Bundesrath.

Art. 83.

Die oberste vollziehende und leitende Behörde der Eidgenossenschaft ist ein Bundesrath, welcher aus sieben Mitgliedern besteht.

Art. 84.

Die Mitglieder des Bundesrathes werden von der Bundesversammlung aus allen Schweizerbürgern gewählt, welche als Mitglieder des Nationalrathes wählbar sind, auf die Dauer von drei Jahren gerechnet. Es darf jedoch nicht mehr als ein Mitglied aus dem nämlichen Kanton gewählt werden.

Nach jeder Gesammterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesammterneuerung des Bundesrathes statt.

Die in die Zwischenzeit fallig gewordenen Wahlen werden bei der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer vorgenommen.

Art. 85.

Die Mitglieder des Bundesrathes dürfen keine andere Beamtung, sei es im Dienste der Eidgenossenschaft, sei es in einem Kanton, bekleiden, noch irgend einen andern Beruf oder Gewerbe treiben.

Art. 86.

Den Vorsitz im Bundesrath führt der Bundespräsident, welcher, so wie auch der Vizepräsident, von der vereinigten Räthen aus den Mitgliedern derselben für die Dauer eines Jahres gewählt wird.

Der abtretende Präsident ist für das nächstfolgende Jahr weder als Präsident, noch als Vizepräsident wählbar. Der gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden Jahren die Wahl eines Vizepräsidenten

beschließen.

Art. 87.

Der Bundespräsident und die übrigen Mitglieder des Bundesrathes beziehen einen jährlichen Gehalt aus der Bundeskasse.

Art. 88.

Um gültig verhandeln zu können, müssen wenigstens vier Mitglieder des Bundesrathes anwesend sein.

Art. 89.

Die Mitglieder des Bundesrathes haben bei den Verhandlungen der beiden Abtheilungen der Bundesversammlung berathende Stimme und auch das Recht, über einen in Berathung liegenden Gegenstand Anträge zu stellen.

Art. 90.

Der Bundesrath hat einen Beschluß über folgende Verfügungen vorzüglich folgende Befugnisse und Obliegenheiten:

1) Er leitet die eidgenössischen Angelegenheiten, gemäß der Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse.

2) Er hat für Handhabung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse des Bundes, sowie der Verfügungen eidgenössischer Behörden zu wachen; er besitzt zu Handhabung derselben von sich aus oder auf eingegangene Beschwerden die erforderlichen Verfügungen.

3) Er wacht für die Garantien der Kantonalverfassungen.

4) Er schlägt der Bundesversammlung Gesetze und Beschlüsse vor und begutachtet die Anträge, welche von den Kassen des Bundes oder von den Kantonen an sie gelangen.

5) Er vollzieht die Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse,

die Abstufung des Stimmrechtes, sowie die Voraussetzungen oder gesetzgeberischen Schranken über Gültigkeit von Gesetzen.

6) Es hat hinsichtlich Wahlen zu treffen, welche nicht durch die Verfassung der Stimmversammlung und dem Stimmrechte oder durch die Gesetzgebung einer andern zuständigen Behörde übertragen werden.

Es ernennt Kommissionen für Verfügungen im Innern oder nach Aussen.

7) Es prüft die Verträge des Kantons unter sich oder mit dem Auslande und genehmigt dieselben, soweit sie zulässig sind. (Art. 71, N° 5.).

8) Es wechselt die Gesandten der Eidgenossenschaft nach Aussen, wie namentlich jene völkerrechtlichen Exzessionen, und besorgt die auswärtigen Angelegenheiten überhaupt.

9) Es wacht für die äussere Sicherheit, für die Erhaltung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz.

10) Es sorgt für die innere Sicherheit der Eidgenossenschaft, für Handhabung von Ruhe und Ordnung.

11) In Fällen von Dringlichkeit ist das Stimmrecht befugt, soweit die Kräfte nicht genügend sind, die nöthigen Verfügungen aufzubieten und über solche zu wachen, unter Vorbehalt sämmtzüglicher Einberufung der Stimmversammlung, sobald die aufgebotenen Truppen zweitausend Mann übersteigen oder das Aufgebot länger als drei Wochen dauert.

12) Es besorgt das eidgenössische Militärwesen und alle Zwänge der Verwaltung, welche dem Stande zugehören.

13) Es prüft die Gesetze und Verordnungen des Kantons, welche seiner Genehmigung bedürfen; es überwacht die, seiner Zwänge der Kantonalverwaltung, welche durch

den Bund seiner Aufsicht unterstellt sind, wie das Militär-, Zoll-, Flössereiwesen und Strafen.

14) Es sorgt für die Verwaltung des Vermögens des Bundes, für die Entwerfung des Voranschlages und die Stellung der Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes.

15) Es übt die Aufsicht über die Geschäftsführung aller Beamten und Angestellten der mittelbaren Bundesverwaltung.

16) Es unterbreitet der Bundesversammlung jährlich bei ihrer ordentlichen Sitzung Rechenschaft über seine Verrichtungen, sowie Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern sowohl als nach Aussen, und wird ihre Aufmerksamkeit auf diejenigen Massregeln aufmerksam machen, welche zur Beförderung gemeinschaftlicher Wohlfahrt dienlich erachtet.

Es hat auf besondere Einladung zu erscheinen, wenn die Bundesversammlung oder eine Abtheilung derselben es verlangt.

Art. 91.

Die Geschäfte des Bundesrathes werden nach Departementen, welchen jedes ein einzelnes Mitglied vorsteht, vertheilt. Diese Eintheilung hat aber einzig zum Zweck, die Prüfung und Besorgung der Geschäfte zu fördern; der gesammte Entscheid geht vom Bundesrathe als Behörde aus.

Art. 92.

Der Bundesrath und seine Departementschefs sind befugt, für besondere Geschäfte Sachkundige beizuziehen.

III. Bundeskanzlei.

Art. 93.

Eine Bundeskanzlei, welcher ein Kanzler vorsteht, besorgt die Kanzleigeschäfte bei der Bundesversammlung und

beim Bundesrath.

Der Kanzler wird von der Bundesversammlung auf die Dauer von drei Jahren gleichzeitig mit dem Bundesrath gewählt.

Die Bundeskanzlei steht unter der besondern Aufsicht des Bundesrathes.

Die nähere Organisation der Bundeskanzlei bleibt der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

IV. Bundesgericht.

Art. 94.

Für Ausübung des Rechtspflege, so weit dieselbe in den Bereich des Bundes fällt, wird ein Bundesgericht aufgestellt.

Für Entscheidung von Streitfällen zwischen Bürgern (Jury) gebildet.

Art. 95.

Das Bundesgericht besteht aus sieben Mitgliedern und sechs Ersatzmännern, deren Anzahl durch die Bundesgesetzgebung bestimmt wird.

Art. 96.

Die Mitglieder des Bundesgerichtes und die Ersatzmänner werden von der Bundesversammlung gewählt. Ihre Amtsdauer ist drei Jahre. Nach der Gesammterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesammterneuerung des Bundesgerichtes statt.

Die in der Zwischenzeit durch gewordenen Stellen werden bei der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt.

Art. 97.

Für das Bundesgericht kann jeder Schweizerbürger gewählt werden, der in den Nationalrath wählbar ist.

Die Mitglieder des Bundesrathes sind die von ihm gewählten Beamten können nicht zugleich Mitglieder des Bundesgerichtes sein.

Art. 98.

Das Präsidium und der Vicepräsident des Bundesgerichtes werden von der Bundesversammlung aus den Mitgliedern desselben jeweilen auf drei Jahre gewählt.

Art. 99.

Die Mitglieder des Bundesgerichtes werden aus der Bundesbesoldung mit fünf Tausend Franken entschädigt.

Art. 100.

Das Bundesgericht behält seine Kanzlei.

Art. 101.

Das Bundesgericht urtheilt als Civilgericht:

1) über Streitigkeiten, welche nicht staatsrechtlicher Natur sind:

a. zwischen Kantonen unter sich;

b. zwischen dem Bund und einem Kanton;

2) über Streitigkeiten zwischen dem Bund einerseits und Korporationen oder Privaten andererseits, wenn diese Korporationen oder Privaten Kläger sind und der Streitgegenstand von einem bestimmten durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmenden Werthe ist;

3) über Streitigkeiten in Folge von Heimathlosigkeit.

In den Fällen Nr. 1, Lit. a und b bezeichneten Stellen geschieht die Überweisung an das Bundesgericht durch den Bundesrath. Wenn dieser die Frage, ob ein Gegenstand vor das Bundesgericht gehöre, verneint und Bundesrecht, so entscheidet hierüber die Bundesversammlung.

Art. 102.

Das Bundesgewicht ist unzulässig, wenn die Entscheidung andere Fälle zu übernehmen, wenn dasselbe von beiden Parteien angewiesen wird und der Streitgegenstand von einem bestimmten, über die Bundesgesetzgebung festzustellenden Werthe ist. Dabei sollen jedoch die Kosten ausschließlich auf Rechnung der Parteien.

Art. 103.

Die Mitwirkung des Bundesgerichts bei Entscheidung von Streitfällen wird durch die Bundesgesetzgebung bestimmt, welche über Verfahrung in Anklagezuständen, über Theilung des Activen- und Passivenvermögens das Nähere festsetzen wird.

Art. 104.

Das Appellationsgericht, mit Zuziehung von Geschworenen, welche über die Thatfragen abzuurtheilen, urtheilt:

a. in Fällen, wo von einer Bundesbehörde die von ihr angenommene Competenz zur streitigen Entscheidung übergangen worden;

b. über Fälle von Hochverrath gegen die Eidgenossenschaft, von Aufruhr und Gewaltthat gegen die Bundesbehörden;

c. über Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht;

d. über politische Verbrechen und Vergehen, die Ursache einer Folge ungerechtigter Unruhen sind, durch welche einen bewaffneten Eidgenossen nöthigende Intervention veranlaßt worden ist.

Das Bundesversammlung hat das Recht zu, sinnfest, bei politischen Verbrechen und Vergehen Amnestie oder Begnadigung auszusprechen.

Art. 105.

Das Bundesgericht urteilt im Streitfalle über Verletzung der durch die Bundesverfassung gewährleisteten Rechte, wenn hinsichtlich Klagen von der Bundesversammlung an dasselbe gewiesen werden.

Art. 106.

Es bleibt der Bundesgesetzgebung überlassen, andere der in den Art. 101, 104 und 105 bezeichneten Gegenstände auf dem Wege der Gesetzgebung in die Kompetenz des Bundesgerichtes zu legen.

Art. 107.

Die Bundesgesetzgebung wird das Nähere bestimmen:

a. über die Stellung eines Staatsanwaltes;

b. über die Verbrechen und Vergehen, welche in die Kompetenz des Bundesgerichtes fallen und über die Strafgesetze, welche anzuwenden sind;

c. über das Verfahren, welches mündlich und öffentlich sein soll;

d. über die Gerichtskosten.

V. Verschiedene Bestimmungen.

Art. 108.

Alles, was sich auf den Sitz der Bundesbehörden bezieht, ist Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

Art. 109.

Die drei Hauptsprachen der Eidgenossenschaft, die deutsche, französische und italienische, sind Nationalsprachen des Bundes.

Art. 110.

Die Landen der Eidgenossenschaft sind für den

Gesetzgebung gewährleistet. Ein Bundesgesetz wird diese Gewährleistung näher bestimmen.

Dritter Abschnitt.

Revision der Bundesverfassung.

Art. 111.

Die Bundesverfassung kann jederzeit revidirt werden.

Art. 112.

Die Revision geschieht auf dem Wege der Bundesgesetzgebung.

Art. 113.

Wenn eine Abtheilung der Bundesversammlung die Revision beschließt, und die andere nicht zustimmt, oder wenn fünfzigtausend stimmberechtigte Schweizerbürger die Revision der Bundesverfassung verlangen, so wird in einem wie in dem andern Falle die Frage, ob eine Revision stattfinden soll oder nicht, dem schweizerischen Volke zur Abstimmung vorgelegt werden.

Stehen in einem dieser Fälle die Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger über die Frage sich bejahend aus, so sind beide Räthe neu zu wählen, um die Revision an die Hand zu nehmen.

Art. 114.

Die revidirte Bundesverfassung tritt in Kraft, wenn sie von der Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger und von der Mehrheit der Kantone angenommen worden ist.

Übergangsbestimmungen.

Artikel 1.

Über die Annahme gegenwärtiger Bundesverfassung haben sich die Kantone auf die Dauer die Kantonalverfassungen vorzusehen, soweit die Verfassung sie nicht bestimmt – wo die Verfassung sie nicht bestimmt – auf die Dauer die oberste Behörde des betreffenden Kantons sachgemäss Weise anzuordnen.

Art. 2.

Die Gegenstände der Abstimmung sind dann Vororte zu haben, um die Vorschrift mitzuteilen, wahrscheinlich, ob die neue Bundesverfassung angenommen sei.

Art. 3.

Wenn die Tagsatzung die Bundesverfassung als angenommen erklärt hat, so tritt sie unmittelbar zur Einführung derselben die notwendigen Bestimmungen.

Die Verwaltungen des allgemeinen Zeughauses und des Verwaltungsrates für die allgemeinen Zeughäuser gehen auf den Bundesrath über.

Art. 4.

Die im Eingange und in Litt. c des Art. 6 der gegenwärtigen Bundesverfassung enthaltenen Bestimmungen finden auf die jetzt in Kraft bestehenden Verfassungen der Kantone keine Anwendung.

Diejenigen Vorschriften der Kantonalverfassungen, welche mit den übrigen Bestimmungen der Bundesverfassung im Widerspruche stehen, sind von jetzt an, mit welchem die selben als angenommen erklärt wird, aufgehoben.

Art. 5.

Der Bezug der schweizerischen Grenzzabgaben dauert so lange fort, bis die Anweisung der neuen eidgenössischen Grenzzölle ihre Vollziehung finden.

Art. 6.

Die Bestimmungen der Übereinkunft und die Landesrechte bleiben bis zu ihrer Aufhebung oder Abänderung in Kraft, soweit sie nicht dieser Übereinkunft widersprechen.

Vorzugsweise verbleiben einzelnen Landesrechten ihre Gültigkeit, wenn ein Fall als Gegenstand der Übereinkunft zu betrachten zweifelhaft wäre, und zwar von der Zeit an, in welcher die Letztere ins Leben tritt.

Art. 7.

Sobald die Landesversammlung und der Landrath konstituirt sein werden, tritt der Landesvertrag vom 7. Augusti 1815 außer Kraft.

Beschluß

Beschluß

betreffend die feierliche Erklärung über die Annahme der neuen Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft.

Die eidgenössische Tagsatzung,

Nach Prüfung der Verbalprozesse und der übrigen Akten, welche in Betreff der Abstimmung über die Umänderung der schweizerischen Eidgenossenschaft, wie dieselbe aus der Revision der Tagsatzung vom 15.ten Mai bis und mit dem 27. Januarmonat 1848 hervorging, - als sämmtliche Kantone an der Revision eingenommen waren, und sind; -

Erwägend, daß zufolge dieser amtlichen Mittheilungen sich sämmtliche Kantone über die Annahme einer Umwälzung der verwälzten Umänderung in der Weise ausgesprochen haben,

wie solche im Art. 1 der die angenommenen Übergangsbestimmungen einschließlich vorgesehenen wurden;

in Erwägung, daß aus der vorgenommenen genauen Prüfung sämmtlicher Verhältnisse über die in allen Kantonen stattgehabte Abstimmung hervorgeht, daß die in Folge hiesiger Landesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft von fünfzehn ganzen Kantonen und einem halben Kanton, welche zusammen eine Bevölkerung von 1,897,887 Seelen, also die überwiegende Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung und der Kantone vorstellen, angenommen worden;

In Vollziehung des Art. 2 der erwähnten Übergangsbestimmungen, kraft welchen der Tagsatzung obliegt, nach Prüfung der Abstimmungsverhältnisse zu entscheiden, ob die neue Landesverfassung angenommen sei, oder nicht, -

beschließt:

Art. 1. Die Landesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft, wie solche aus den Berathungen der Tagsatzung vom 15. Mai bis und mit dem 27. Brachmonat 1848 hervorgegangen und nach Maßgabe des Art. 1 der die angenommenen Übergangsbestimmungen in sämmtlichen Kantonen der Abstimmung unterstellt

worden ist, – ist demnach feierlich angenommen und wird als Grundgesetz der schweizerischen Eidgenossenschaft erklärt.

Art. 2. Gegenwärtige urkundliche Erklärung soll in Verbindung mit der angenommenen Bundesverfassung in authentischer Fassung in das eidgenössische Archiv niedergelegt, überdieß in einer hinreichenden Anzahl von Exemplaren gedruckt und durch den Vorort sämmtlichen Kantonsregierungen zu allgemeiner Bekanntmachung unverzüglich mitgetheilt werden.

Art. 3. Die Tagsatzung wird die zur Einführung der Bundesverfassung erforderlichen Bestimmungen sofort von sich aus treffen.

Also gegeben in Bern, den zwölften Herbstmonat des Jahres achtzehn hundert einzig und acht.

Die eidgenössische Tagsatzung;

Namens derselben,

Der Präsident des Regierungsrathes des Kantons Bern,

als eidgenössischer Vorort,

Präsident der Tagsatzung:

Ulr. Ruhl.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schiess.

Constitution fédérale

pour la

Confédération Suisse.

Au Nom de Dieu Tout Puissant!

La Confédération Suisse,

Voulant affermir l'alliance des Confédérés, maintenir et accroître l'unité, la force et l'honneur de la Nation suisse, a adopté la Constitution fédérale suivante :

CONSTITUTION FEDERALE

de la

Confédération Suisse.

Chapitre premier.

Dispositions générales.

Article 1.

Les peuples des vingt-deux Cantons souverains de la Suisse, unis par la présente alliance, savoir: Zurich, Berne, Lucerne, Uri, Schwyz, Unterwalden (le Haut et le Bas), Glaris, Zug, Fribourg, Soleure, Bâle (Ville et Campagne),

Schaffhouse, Appenzell (les deux Rhodes) St. Gall, Grisons, Argovie, Thurgovie, Tessin, Vaud, Valais, Neuchâtel et Genève, forment dans leur ensemble la Confédération Suisse.

Art. 2.

La Confédération a pour but d'assurer l'indépendance de la patrie contre l'étranger, de maintenir la tranquillité et l'ordre à l'intérieur, de protéger la liberté et les droits des Confédérés et d'accroître leur prospérité commune.

Art. 3.

Les Cantons sont souverains en tant que leur souveraineté n'est pas limitée par la Constitution fédérale, et, comme tels, ils exercent tous les droits qui ne sont pas délégués au pouvoir fédéral

Art. 4.

Tous les Suisses sont égaux devant la loi. Il n'y a en Suisse ni sujets, ni privilèges de lieux, de naissance, de personnes ou de familles.

Art. 5.

La Confédération garantit aux Cantons leur territoire, leur souveraineté dans les limites fixées par l'article 3, leurs constitutions, la liberté et les droits du peuple, les droits constitutionnels des citoyens, ainsi que les droits et les attributions que le Peuple a conférés aux autorités.

Art. 6.

A cet effet, les Cantons sont tenus de demander à la Confédération la garantie de leurs constitutions.

Cette garantie est accordée, pourvu:

a. Que les constitutions ne renferment rien de contraire aux dispositions de la Constitution fédérale;

b. Qu'elles assurent l'exercice des droits politiques d'après des formes républicaines, — représentatives ou démocratiques;

c. Qu'elles aient été acceptées par le peuple et qu'elles puissent

être révisées, lorsque la majorité absolue des citoyens le demande.

Art. 7.

Toute alliance particulière et tout traité d'une nature politique entre Cantons sont interdits.

En revanche, les Cantons ont le droit de conclure entr'eux des conventions sur des objets de législation, d'administration ou de justice; toutefois, ils doivent les porter à la connaissance de l'autorité fédérale, laquelle, si ces conventions renferment quelquechose de contraire à la Confédération ou aux droits des autres Cantons, est autorisée à en empêcher l'exécution. Dans le cas contraire, les Cantons contractants sont autorisés à réclamer pour l'exécution la coopération des autorités fédérales.

Art. 8.

La Confédération a seule le droit de déclarer la guerre et de conclure la paix, ainsi que de faire avec les Etats étrangers des alliances et des traités, notamment des traités de péage (douanes) et de commerce.

Art. 9.

Toutefois, les Cantons conservent le droit de conclure avec les Etats étrangers des traités sur des objets concernant l'économie publique, les rapports de voisinage et la police; néanmoins ces traités ne doivent rien contenir de contraire à la Confédération ou aux droits d'autres Cantons.

Art. 10.

Les rapports officiels entre les Cantons et les Gouvernements étrangers ou leurs représentants ont lieu par l'intermédiaire du Conseil fédéral.

Toutefois les Cantons peuvent correspondre directement avec les autorités inférieures et les employés d'un Etat étranger, lorsqu'il s'agit des objets mentionnés à l'article précédent.

Art. 11.

Il ne peut être conclu de capitulations militaires.

être révisées, lorsque la majorité absolue des citoyens le demande.

Art. 7.

Toute alliance particulière et tout traité d'une nature politique entre Cantons sont interdits.

En revanche, les Cantons ont le droit de conclure entr'eux des conventions sur des objets de législation, d'administration ou de justice; toutefois, ils doivent les porter à la connaissance de l'autorité fédérale, laquelle, si ces conventions renferment quelquechose de contraire à la Confédération ou aux droits des autres Cantons, est autorisée à en empêcher l'exécution. Dans le cas contraire, les Cantons contractants sont autorisés à réclamer pour l'exécution la coopération des autorités fédérales.

Art. 8.

La Confédération a seule le droit de déclarer la guerre et de conclure la paix, ainsi que de faire avec les Etats étrangers des alliances et des traités, notamment des traités de péage (douanes) et de commerce.

Art. 9.

Toutefois, les Cantons conservent le droit de conclure avec les Etats étrangers des traités sur des objets concernant l'économie publique, les rapports de voisinage et la police; néanmoins ces traités ne doivent rien contenir de contraire à la Confédération ou aux droits d'autres Cantons.

Art. 10.

Les rapports officiels entre les Cantons et les Gouvernements étrangers ou leurs représentants ont lieu par l'intermédiaire du Conseil fédéral.

Toutefois les Cantons peuvent correspondre directement avec les autorités inférieures et les employés d'un Etat étranger, lorsqu'il s'agit des objets mentionnés à l'article précédent.

Art. 11.

Il ne peut être conclu de capitulations militaires.

Art. 12.

Les membres des autorités fédérales, les fonctionnaires civils et militaires de la Confédération, et les représentants ou les commissaires fédéraux ne peuvent recevoir d'un Gouvernement étranger ni pensions ou traitements, ni titres, présents ou décorations.

S'ils sont déjà en possession de pensions, de titres ou de décorations, ils devront renoncer à jouir de leurs pensions et à porter leurs titres et leurs décorations pendant la durée de leurs fonctions. Toutefois les employés inférieurs peuvent être autorisés par le Conseil fédéral à recevoir leurs pensions.

Art. 13.

La Confédération n'a pas le droit d'entretenir des troupes permanentes.

Nul Canton ou demi-Canton ne peut avoir plus de 300 hommes de troupes permanentes, sans l'autorisation du pouvoir fédéral; la gendarmerie n'est pas comprise dans ce nombre.

Art. 14.

Des différends venant à s'élever entre Cantons, les Etats s'abstiendront de toute voie de fait et de tout armement. Ils se soumettront à la décision qui sera prise sur ces différends conformément aux prescriptions fédérales.

Art. 15.

Dans le cas d'un danger subit provenant du dehors, le Gouvernement du Canton menacé doit requérir le secours des Etats confédérés et en aviser immédiatement l'autorité fédérale, le tout sans préjudice des dispositions qu'elle pourra prendre. Les Cantons requis sont tenus de prêter secours. Ces frais sont supportés par la Confédération.

Art. 16.

En cas de troubles à l'intérieur, ou lorsque le danger provient d'un autre Canton, le Gouvernement du Canton menacé doit en aviser immédiatement le Conseil fédéral, afin qu'il puisse prendre

les mesures nécessaires dans les limites de sa compétence (Art. 90, N°s 5, 10 et 11) ou convoquer l'assemblée fédérale. Lorsqu'il y a urgence, le Gouvernement est autorisé, en avertissant immédiatement le Conseil fédéral, à requérir le secours d'autres Etats confédérés, qui sont tenus de le prêter.

Lorsque le Gouvernement est hors d'état d'invoquer le secours, l'autorité fédérale compétente peut intervenir sans réquisition; elle est tenue d'intervenir lorsque les troubles compromettent la sûreté de la Suisse.

En cas d'intervention, les autorités fédérales veillent à l'observation des dispositions prescrites à l'article 5.

Les frais sont supportés par le Canton qui a requis l'assistance ou occasionné l'intervention, à moins que l'Assemblée fédérale n'en décide autrement, en considération de circonstances particulières.

Art. 17.

Dans les cas mentionnés aux deux articles précédents, chaque Canton est tenu d'accorder libre passage aux troupes. Celles-ci sont immédiatement placées sous le commandement fédéral.

Art. 18.

Tout Suisse est tenu au service militaire.

Art. 19.

L'armée fédérale, formée des contingents des Cantons, se compose:

a. de l'élite, pour laquelle chaque Canton fournit trois hommes sur 100 âmes de population Suisse;

b. de la réserve, qui est de la moitié de l'élite.

Lorsqu'il y a danger, la Confédération peut aussi disposer de la seconde réserve (Landwehr) qui se compose des autres forces militaires des Cantons.

L'échelle des contingents, fixant le nombre d'hommes que doit fournir chaque Canton, sera soumise à une révision tous les vingt ans.

Art. 20.

1. Afin d'introduire dans l'armée fédérale l'uniformité et l'aptitude nécessaires, on arrête les bases suivantes:

1°. Une loi fédérale détermine l'organisation générale de l'armée.

2°. La Confédération se charge:

a) de l'instruction des corps du génie, de l'artillerie et de la cavalerie; toutefois les Cantons chargés de ces armes fournissent les chevaux;

b) de former les instructeurs pour les autres armes;

c) de l'instruction militaire supérieure pour toutes les armes; à cette fin, elle établit des écoles militaires et ordonne des réunions de troupes;

d) de fournir une partie du matériel de guerre.

La centralisation de l'instruction militaire pourra, au besoin, être développée ultérieurement par la législation fédérale.

3.) La Confédération surveille l'instruction militaire de l'infanterie et des carabiniers, ainsi que l'achat, la construction et l'entretien du matériel de guerre que les Cantons doivent fournir à l'armée fédérale.

4) Les ordonnances militaires des Cantons ne doivent rien contenir de contraire à l'organisation générale de l'armée, non plus qu'à leurs obligations fédérales; elles sont communiquées au Conseil fédéral pour qu'il les examine sous ce rapport.

5) Tous les corps de troupes au service de la Confédération portent le drapeau fédéral.

Art. 21.

La Confédération peut ordonner à ses frais ou encourager par des subsides les travaux publics qui intéressent la Suisse ou une partie considérable du pays.

Dans ce but, elle peut ordonner l'expropriation moyennant une juste indemnité. La législation fédérale statuera les dispositions ultérieures sur cette matière.

L'Assemblée fédérale peut interdire les constructions publiques qui porteraient atteinte aux intérêts militaires de la Confédération.

Art. 22.

La Confédération a le droit d'établir une Université suisse et une Ecole polytechnique.

Art. 23.

Ce qui concerne les péages (douanes) relève de la Confédération.

Art. 24.

La Confédération a le droit, moyennant une indemnité, de supprimer en tout ou en partie les péages sur terre ou sur eau, les droits de transit, de chaussée et de pontonnage, les droits de douane et les autres finances de ce genre accordées ou reconnues par la Diète, soit que ces péages et autres droits appartiennent aux Cantons, ou qu'ils soient perçus par des communes, des corporations ou des particuliers. Toutefois les droits de chaussée et les péages qui grèvent le transit seront rachetés dans toute la Suisse.

La Confédération pourra percevoir à la frontière suisse, des droits d'importation, d'exportation et de transit.

Elle a le droit d'utiliser, moyennant indemnité, en les acquérant ou les prenant en location, les bâtiments actuellement destinés à l'administration des péages à la frontière suisse.

Art. 25.

La perception des péages fédéraux sera réglée conformément aux principes suivants:

1.) Droits sur l'importation:

a. Les matières nécessaires à l'industrie du pays seront taxées aussi bas que possible.

b. Il en sera de même des objets nécessaires à la vie.

c. Les objets de luxe seront soumis au tarif le plus élevé.

2.) Les droits de transit et, en général, les droits sur l'exportation

seront aussi modérés que possible.

3) La législation des péages contiendra des dispositions propres à assurer le commerce frontière et sur les marchés.

Les dispositions ci-dessus n'empêchent point la Confédération de prendre temporairement des mesures exceptionnelles dans des circonstances extraordinaires.

Art. 26.

Le produit des péages fédéraux sur l'importation, l'exportation et le transit sera employé comme suit:

a. Chaque Canton recevra quatre batz par tête de sa population totale, d'après le recensement de 1838.

b. Les Cantons qui, au moyen de cette répartition, ne seront pas suffisamment couverts de la perte résultant pour eux de la suppression des droits mentionnés à l'art. 24, recevront, de plus, la somme nécessaire pour les indemniser de ces droits d'après la moyenne du produit net des cinq années 1842 à 1846 inclusivement.

c. L'excédant de la recette des péages sera versé dans la caisse fédérale.

Art. 27.

Lorsque des péages, des droits de chaussée ou de pontonnage ont été accordés pour amortir le capital employé à une construction ou une partie de ce capital, la perception de ces péages et de ces droits ou le paiement de l'indemnité cesse dès que la somme à couvrir, y compris les intérêts, est atteinte.

Art. 28.

Les dispositions qui précèdent ne dérogent point aux clauses relatives aux droits de transit, renfermées dans des conventions conclues avec les entreprises de chemins de fer.

De son côté, la Confédération acquiert les droits réservés par ces traités aux Cantons touchant les finances perçues sur le transit.

Art. 29.

Le libre achat et la libre vente des denrées, du bétail et des

marchandises proprement dites, ainsi que des autres produits du sol et de l'industrie, leur libre entrée, leur libre sortie et leur libre passage, d'un Canton à l'autre sont garantis dans toute l'étendue de la Confédération.

Sont réservés :

a. Quant à l'achat et à la vente, la régale du sel et de la poudre à canon.

b. Les dispositions des Cantons touchant la police du commerce et de l'industrie, ainsi que celle des routes.

c. Les dispositions contre l'accaparement.

d. Les mesures temporaires de police de santé lors d'épidemies et d'épizooties.

Les dispositions mentionnées sous lettres b et c ci-dessus doivent être les mêmes pour les citoyens du Canton et ceux des autres Etats confédérés. Elles sont soumises à l'examen du Conseil fédéral et ne peuvent être mises à exécution avant d'avoir reçu son approbation.

e. Les droits accordés ou reconnus par la Diète et que la Confédération n'a pas supprimés (art. 24 et 31).

f. Les droits de consommation sur les vins et les autres boissons spiritueuses, conformément aux prescriptions de l'article 32.

Art. 30.

La législation fédérale statuera, pour autant que la Confédération y est intéressée, les dispositions nécessaires touchant l'abolition des privilèges relatifs au transport des personnes et des marchandises de quelque espèce que ce soit sur terre ou sur eau, existant entre Cantons ou dans l'intérieur d'un Canton.

Art. 31.

La perception des droits mentionnés à l'article 23, lettre a, a lieu sous la surveillance du Conseil fédéral. On ne pourra, sans l'autorisation de l'Assemblée fédérale, ni les hausser, ni en prolonger la durée, s'ils ont été accordés pour un temps déterminé.

Les Cantons ne pourront, sous quelque dénomination que ce soit, établir de nouveaux péages, non plus que de nouveaux droits de chaussée et de pontonage. Toutefois l'Assemblée fédérale pourra autoriser la perception de péages ou de tels droits, afin d'encourager conformément à l'article 21, des constructions d'un intérêt général pour le commerce et qui ne pourraient être entreprises sans cette concession.

Art. 32.

Outre les droits réservés à l'article 29, lettre c, les Cantons sont autorisés à percevoir des droits de consommation sur les vins et les autres boissons spiritueuses, toutefois moyennant les restrictions suivantes:

a. La perception de ces droits de consommation ne doit nullement grêver le transit; elle doit gêner le moins possible le commerce qui ne peut être frappé d'aucune autre taxe.

b. Si les objets importés pour la consommation sont réexportés du Canton, les droits payés pour l'entrée sont restitués sans qu'il en résulte d'autres charges.

c. Les produits d'origine suisse seront moins imposés que ceux de l'étranger.

d. Les droits actuels de consommation sur les vins et les autres boissons spiritueuses d'origine suisse ne pourront être haussés par les Cantons où il en existe. Il n'en pourra point être établi sur ces produits par les Cantons qui n'en perçoivent pas actuellement.

e. Les lois et les arrêtés des Cantons sur la perception des droits de consommation sont, avant leur mise à exécution, soumises à l'approbation de l'autorité fédérale, afin qu'elle fasse, au besoin, observer les dispositions qui précèdent.

Art. 33.

La Confédération se charge de l'administration des postes dans toute la Suisse, conformément aux prescriptions suivantes:

1. Le service des postes ne doit, dans son ensemble, pas être astreint à des dépenses de son état actuel, sans le consentement des Cantons intéressés.

2. Les tarifs seront fixés d'après les mêmes principes et aussi équitablement que possible dans toutes les parties de la Suisse.

3. L'inviolabilité du secret des lettres est garantie.

4. La Confédération indemnisera comme suit les Cantons pour la cession qu'ils lui font du droit régalien des postes:

a. Les Cantons reçoivent chaque année la moyenne du produit net des postes sur leur territoire pendant les trois années 1844, 1845 et 1846.

Toutefois, si le produit net que la Confédération retire des postes ne suffit pas à payer cette indemnité, il est fait aux Cantons une diminution proportionnelle.

b. Lorsqu'un Canton n'a rien reçu directement pour l'exercice du droit de poste, ou lorsque, par suite d'un traité de ferme conclu avec un autre Etat confédéré, un Canton a beaucoup moins reçu pour ses postes que le produit net constaté de l'exercice de droit régalien sur son territoire, cette circonstance est équitablement prise en considération lors de la fixation de l'indemnité.

c. Lorsque l'exercice du droit régalien des postes a été laissé à des particuliers, la Confédération se charge de les indemniser, s'il y a lieu.

d. La Confédération a le droit et l'obligation d'acquérir, moyennant une indemnité équitable, le matériel appartenant à l'administration des postes, pour autant qu'il est propre à l'usage auquel il est destiné et que l'administration en a besoin.

e. L'administration fédérale a le droit d'utiliser les bâtiments actuellement destinés aux postes, moyennant une indemnité, en les acquérant ou les prenant en location.

Art. 34.

Les employés aux péages et aux postes doivent, en majeure partie, être choisis parmi les habitants des Cantons où ils sont placés.

Art. 35.

La Confédération exerce la haute surveillance sur les routes et les ponts dont le maintien l'intéresse.

Les sommes à payer aux Cantons en vertu des articles 26 et 33 sont retenues par l'autorité fédérale, lorsque ces routes et ces ponts ne sont pas convenablement entretenus par les Cantons, les corporations ou les particuliers que cela concerne.

Art. 36.

La Confédération exerce tous les droits compris dans la régale des monnaies. Les Cantons cessent de battre monnaie; le numéraire est frappé par la Confédération seule.

Une loi fédérale fixera le pied monétaire ainsi que le tarif des espèces en circulation; elle statuera aussi les dispositions ultérieures sur l'obligation où sont les Cantons de refondre ou de refrapper une partie des monnaies qu'ils ont émises.

Art. 37.

La Confédération introduira l'uniformité des poids et mesures dans toute l'étendue de son territoire, en prenant pour base le concordat fédéral touchant cette matière.

Art. 38.

La fabrication et la vente de la poudre à canon appartiennent exclusivement à la Confédération dans toute la Suisse.

Art. 39.

Les dépenses de la Confédération sont couvertes:

a. Par les intérêts des fonds de guerre fédéraux;

b. Par le produit des péages fédéraux perçus à la frontière Suisse;

c. Par le produit des postes;

d. Par le produit des poudres;

e. Par les contributions des Cantons qui ne peuvent être levées qu'en vertu d'arrêtés de l'Assemblée fédérale.

Ces contributions sont payées par les Cantons d'après l'échelle des contingents d'argent, qui sera soumise à une révision tous les vingt ans.

Dans cette révision on prendra pour base tant la population des Cantons que la fortune et les moyens de gagner qu'ils renferment.

Art. 40.

Il devra toujours y avoir en argent comptant dans la caisse fédérale, au moins le montant du double contingent d'argent des Cantons, pour subvenir aux dépenses militaires occasionnées par les levées de troupes fédérales.

Art. 41.

La Confédération garantit à tous les Suisses de l'une des confessions chrétiennes, le droit de s'établir librement dans toute l'étendue du territoire suisse, conformément aux dispositions suivantes:

1) Aucun Suisse appartenant à une confession chrétienne ne peut être empêché de s'établir dans un Canton quelconque, s'il est muni des pièces authentiques suivantes:

a. D'un acte d'origine ou d'une autre pièce équivalente;

b. D'un certificat de bonnes mœurs;

c. D'une attestation qu'il jouit des droits civiques et qu'il n'est point légalement flétri;

Il doit de plus, s'il en est requis, prouver qu'il est en état de s'entretenir lui et sa famille, par sa fortune, sa profession ou son travail.

Les Suisses naturalisés doivent, de plus, produire un certificat portant qu'ils sont depuis cinq ans au moins en possession d'un droit de cité cantonal.

2) Le Canton dans lequel un Suisse établit son domicile ne peut exiger de lui un cautionnement, ni lui imposer aucune autre charge particulière pour cet établissement.

3) Une loi fédérale fixera la durée du permis d'établissement ainsi que le maximum de l'émolument de chancellerie à payer au Canton pour obtenir ce permis.

4) En s'établissant dans un autre Canton, le Suisse entre en jouissance de tous les droits des citoyens de ce Canton, à l'exception de celui de voter dans les affaires communales et de la participation aux biens des communes et des corporations. En particulier, la liberté

d'industrie et le droit d'acquérir et d'aliéner des biens-fonds lui sont assurés, conformément aux lois et ordonnances du Canton, lesquelles doivent, à tous ces égards, traiter le Suisse domicilié à l'égal du citoyen du Canton.

5) Les communes ne peuvent imposer à leurs habitants appartenant à d'autres Cantons, des contributions aux charges communales plus fortes qu'à leurs habitants appartenant à d'autres communes de leur propre Canton.

6) Le Suisse établi dans un autre Canton peut en être renvoyé:

a. Par sentence du juge en matière pénale;

b. Par ordre des autorités de police, s'il a perdu ses droits civiques et a été légalement flétri, si sa conduite est contraire aux mœurs, s'il tombe à la charge du public, ou s'il a été souvent puni pour contravention aux lois ou règlements de police.

Art. 42.

Tout citoyen d'un Canton est citoyen Suisse. Il peut à ce titre, exercer les droits politiques pour les affaires fédérales et cantonales dans chaque Canton où il est établi. Il ne peut exercer ces droits qu'aux mêmes conditions que les citoyens du Canton, et, en tant qu'il s'agit des affaires cantonales, qu'après un séjour dont la durée est déterminée par la législation cantonale; cette durée ne peut excéder deux ans.

Nul ne peut exercer des droits politiques dans plus d'un Canton.

Art. 43.

Aucun Canton ne peut priver un de ses ressortissans du droit d'origine ou de cité.

Les étrangers ne peuvent être naturalisés dans un Canton qu'autant qu'ils seront affranchis de tout lien envers l'Etat auquel ils appartenaient.

Art. 44.

Le libre exercice du culte des confessions chrétiennes reconnues

est garanti dans toute la Confédération.

Toutefois les Cantons et la Confédération pourront toujours prendre les mesures propres au maintien de l'ordre public et de la paix entre les confessions.

Art. 45.

La liberté de la presse est garantie.

Toutefois les lois cantonales statuent les mesures nécessaires à la répression des abus; ces lois sont soumises à l'approbation du Conseil fédéral.

La Confédération peut aussi statuer des peines pour réprimer les abus dirigés contr'elle ou ses autorités.

Art. 46.

Les citoyens ont le droit de former des associations pourvu qu'il n'y ait dans le but de ces associations ou dans les moyens qu'elles emploient rien d'illicite ou de dangereux pour l'Etat. Les lois cantonales statuent les mesures nécessaires à la répression des abus.

Art. 47.

Le droit de pétition est garanti.

Art. 48.

Tous les Cantons sont obligés de traiter les citoyens de l'une des confessions chrétiennes ressortissant des autres Etats confédérés comme ceux de leur Etat, en matière de législation et pour tout ce qui concerne les voies juridiques.

Art. 49.

Les jugements civils définitifs rendus dans un Canton sont exécutoires dans toute la Suisse.

Art. 50.

Pour réclamations personnelles, le débiteur Suisse ayant domicile et solvable, doit être recherché devant son juge naturel; ses biens ne peuvent en conséquence être saisis ou séquestrés hors du canton où il est domicilié, en vertu de réclamations personnelles.

Art. 51

La traite foraine est abolie dans l'intérieur de la Suisse, ainsi que le droit de retrait des citoyens d'un Canton contre ceux d'autres Etats confédérés.

Art. 52.

La traite foraine à l'égard des pays étrangers est abolie sous réserve de réciprocité.

Art. 53.

Nul ne peut être distrait de son juge naturel. En conséquence, il ne pourra être établi de tribunaux extraordinaires.

Art. 54.

Il ne pourra être prononcé de peine de mort pour cause de délit politique.

Art. 55.

Une loi fédérale statuera sur l'extradition des accusés d'un Canton à l'autre; toutefois l'extradition ne peut être rendue obligatoire pour les délits politiques et ceux de la presse.

Art. 56.

Il sera rendu une loi fédérale pour déterminer de quels Cantons ressortissent les gens sans patrie (Heimathlosen) et pour empêcher qu'il ne s'en forme de nouveaux.

Art. 57.

La Confédération a le droit de renvoyer de son territoire les étrangers qui compromettent la sûreté intérieure ou extérieure de la Suisse.

Art. 58.

L'Ordre des Jésuites et les sociétés qui lui sont affiliées ne peuvent être reçus dans aucune partie de la Suisse.

Art. 59.

Les autorités fédérales peuvent prendre des mesures de police sanitaire lors d'épidémies et d'épizooties qui offrent un danger général.

Chapitre II.

Autorités fédérales.

1. Assemblée fédérale.

Art. 60.

L'autorité suprême de la Confédération est exercée par l'Assemblée fédérale qui se compose de deux Sections ou Conseils, savoir:

A. du Conseil national;
B du Conseil des Etats.

A. Conseil national.

Art. 61.

Le Conseil national se compose des députés du Peuple suisse, élus à raison d'un membre par chaque 20,000 âmes de la population totale. Les fractions en sus de 10 mille âmes sont comptées pour 20 mille.

Chaque Canton et, dans les Cantons partagés, chaque demi-Canton élit un député au moins.

Art. 62.

Les élections pour le Conseil national sont directes. Elles ont lieu dans des colléges électoraux fédéraux, qui ne peuvent toutefois être formés de parties de différents Cantons.

Art. 63.

A droit de voter tout Suisse agé de vingt ans révolus et qui n'est du reste point exclu du droit de citoyen actif par la législation du Canton dans lequel il a son domicile.

Art. 64.

Est éligible comme membre du Conseil national tout citoyen suisse laïque et ayant droit de voter.

Les Suisses devenus citoyens par la naturalisation ne sont éligibles qu'après cinq ans de possession du droit de cité.

Art. 65.

Le Conseil national est élu pour trois ans et renouvelé intégralement chaque fois.

Art. 66.

Les députés au Conseil des Etats, les membres du Conseil fédéral et les fonctionnaires nommés par ce Conseil ne peuvent être simultanément membres du Conseil national.

Art. 67.

Le Conseil national choisit dans son sein, pour chaque session ordinaire ou extraordinaire, un Président et un vice-Président.

Le membre qui a été Président pendant une session ordinaire ne peut, à la session ordinaire suivante, revêtir cette charge ni celle de vice-Président.

Le même membre ne peut être Vice-Président pendant deux sessions ordinaires consécutives.

Lorsque les avis sont également partagés, le Président a la voix prépondérante; dans les élections, il vote comme les autres membres.

Art. 68.

Les membres du Conseil national sont indemnisés de la caisse fédérale.

B. Conseil des Etats.

Art. 69.

Le Conseil des Etats se compose de quarante-quatre députés des Cantons. Chaque Canton nomme deux députés; dans les

Cantons partagés, chaque demi-Etat en élit un.

Art. 70.

Les membres du Conseil national et ceux du Conseil fédéral ne peuvent être simultanément députés au Conseil des Etats.

Art. 71.

Le Conseil des Etats choisit dans son sein, pour chaque session ordinaire ou extraordinaire, un Président et un vice-Président.

Le Président ni le vice-Président ne peuvent être élus parmi les députés du Canton dans lequel a été choisi le Président pour la session ordinaire qui a immédiatement précédé.

Les députés du même Canton ne peuvent revêtir la charge de Vice-Président pendant deux sessions ordinaires consécutives.

Lorsque les avis sont également partagés, le Président a la voix prépondérante; dans les élections, il vote comme les autres membres.

Art. 72.

Les députés au Conseil des Etats sont indemnisés par les Cantons.

C. Attributions de l'Assemblée fédérale.

Art. 73.

Le Conseil national et le Conseil des Etats délibèrent sur tous les objets que la présente Constitution place dans le ressort de la Confédération et qui ne sont pas attribués à une autre autorité fédérale.

Art. 74.

Les affaires de la compétence des deux Conseils sont, entr'autres, les suivantes:

1°. Les lois, les décrets ou les arrêtés pour la mise en vigueur de la Constitution fédérale, notamment sur la formation des cercles électoraux et le mode d'élection, sur l'organisation et le mode de procéder des autorités fédérales ainsi que sur la formation du jury;

2. Le traitement et les indemnités des membres des autorités de la Confédération et de la Chancellerie fédérale ; la création de fonctions fédérales permanentes et la fixation des traitements ;

3. L'élection du Conseil fédéral, du Tribunal fédéral, du Chancelier, du Général en chef, du Chef de l'Etat-major général et des Représentants fédéraux ;

4. La reconnaissance d'Etats et de Gouvernements étrangers ;

5. Les alliances et les traités avec les Etats étrangers, ainsi que l'approbation des traités des Cantons entr'eux ou avec les Etats étrangers; toutefois les traités des Cantons ne sont portés à l'Assemblée fédérale que lorsque le Conseil fédéral ou un autre Canton élève des réclamations;

6. Les mesures pour la sûreté extérieure ainsi que pour le maintien de l'indépendance et de la neutralité de la Suisse; les déclarations de guerre et la conclusion de la paix ;

7. La garantie des Constitutions et du territoire des Cantons; l'intervention par suite de cette garantie ; les mesures pour la sûreté intérieure de la Suisse, pour le maintien de la tranquillité et de l'ordre ; l'amnistie et l'exercice du droit de grâce ;

8. Les mesures pour faire respecter la constitution fédérale et assurer la garantie des Constitutions cantonales, ainsi que celles qui ont pour but d'obtenir l'accomplissement des devoirs fédéraux ou de maintenir les droits garantis par la Confédération ;

9. Les dispositions législatives touchant l'organisation militaire de la Confédération, l'instruction des troupes et les prestations des Cantons ; la disposition de l'armée ;

10. L'établissement de l'échelle fédérale des contingents d'hommes et d'argent ; les dispositions législatives sur l'administration et l'emploi des fonds de guerre fédéraux ; la levée des contingents d'argent des Cantons, les emprunts, le budget et les comptes ;

11. Les lois, les décrets ou les arrêtés touchant les péages, les postes, les monnaies, les poids et mesures, la fabrication et la vente de la poudre à canon, des armes et des munitions ;

12. La création d'établissements publics et les constructions de la

de la Confédération, ainsi que les mesures d'expropriation qui s'y rapportent;

13. Les dispositions législatives touchant le libre établissement, les gens sans patrie (Heimathlose), la police des étrangers et les mesures sanitaires;

14. La haute surveillance de l'administration et de la justice fédérales;

15. Les réclamations des Cantons et des citoyens contre les décisions ou les mesures prises par le Conseil fédéral;

16. Les différends entre Cantons qui touchent au droit public;

17. Les conflits de compétence, entr'autres sur la question de savoir:

a.) si une affaire est du ressort de la Confédération ou si elle appartient à la souveraineté cantonale;

b.) si une affaire est de la compétence du Conseil fédéral ou de celle du Tribunal fédéral;

18. La révision de la Constitution fédérale.

Art. 75.

Les deux Conseils s'assemblent, chaque année une fois, en session ordinaire, le jour fixé par le règlement.

Ils sont extraordinairement convoqués par le Conseil fédéral; ou sur la demande du quart des membres du Conseil national ou sur celle de cinq Cantons.

Art. 76.

Un Conseil ne peut délibérer qu'autant que les députés présents forment la majorité absolue du nombre total de ses membres.

Art. 77.

Dans le Conseil national et dans le Conseil des Etats les délibérations sont prises à la majorité absolue des votants.

Art. 78.

Les lois fédérales, les décrets ou les arrêtés fédéraux ne peuvent être rendus qu'avec le consentement des deux Conseils.

Art. 79.

Les membres des deux Conseils votent sans instructions.

Art. 80.

Chaque Conseil délibère séparément. Toutefois lorsqu'il s'agit des élections mentionnées à l'article 74, N.° 3, d'exercer le droit de grâce ou de prononcer sur un conflit de compétence, les deux Conseils se réunissent pour délibérer en commun sous la direction du Président du Conseil national, et c'est la majorité des membres votants des deux Conseils qui décide.

Art. 81.

L'initiative appartient à chaque Conseil et à chacun de leurs membres.

Les Cantons peuvent exercer le même droit par correspondance.

Art. 82.

Les séances de chacun des Conseils sont ordinairement publiques.

II. Conseil fédéral.

Art. 83.

L'autorité directoriale et exécutive supérieure de la Confédération est exercée par un Conseil fédéral composé de sept membres.

Art. 84.

Les membres du Conseil fédéral sont nommés pour trois ans, par les Conseils réunis, et choisis parmi tous les citoyens suisses éligibles au Conseil national. — On ne pourra toutefois choisir plus d'un membre du Conseil fédéral dans le même Canton.

Le Conseil fédéral est renouvelé intégralement après

chaque renouvellement du Conseil national.

Les membres qui font vacance dans l'intervalle des trois ans sont remplacés, à la première session de l'Assemblée fédérale, pour le reste de la durée de leurs fonctions.

Art. 85.

Les membres du Conseil fédéral ne peuvent, pendant la durée de leurs fonctions, revêtir aucun autre emploi, soit au service de la Confédération, soit dans un Canton, ni suivre d'autre carrière ou exercer de profession.

Art. 86.

Le Conseil fédéral est présidé par le Président de la Confédération. Il a un Vice-Président.

Le Président de la Confédération et le Vice-Président du Conseil fédéral sont nommés pour une année, par l'Assemblée fédérale, entre les membres du Conseil.

Le Président sortant de charge ne peut être élu Président ou Vice-Président pour l'année qui suit.

Le même membre ne peut revêtir la charge de Vice-Président pendant deux années de suite.

Art. 87.

Le Président de la Confédération et les autres membres du Conseil fédéral reçoivent un traitement annuel de la caisse fédérale.

Art. 88.

Le Conseil fédéral ne peut délibérer que lorsqu'il y a au moins quatre membres présents.

Art. 89.

Les membres du Conseil fédéral ont voix consultative dans les deux Sections de l'Assemblée fédérale, ainsi que le droit d'y faire des propositions sur les objets en délibération.

Art. 90.

Les attributions et les obligations du Conseil fédéral, dans les

limites de la présente Constitution, sont entr'autres les suivantes :

1) Il dirige les affaires fédérales, conformément aux lois, aux décrets et aux arrêtés de la Confédération.

2) Il veille à l'observation de la Constitution, des lois, des décrets et des arrêtés de la Confédération, ainsi que des prescriptions des concordats fédéraux; il prend de son chef ou sur plainte, les mesures nécessaires pour les faire observer.

3) Il veille à la garantie des Constitutions cantonales.

4) Il présente des projets de lois, de décrets ou d'arrêtés à l'Assemblée fédérale et donne son préavis sur les propositions qui lui sont adressées par les Conseils ou par les Cantons.

5) Il pourvoit à l'exécution des lois, des décrits et des arrêtés de la Confédération et à celle des jugements du tribunal fédéral, ainsi que des transactions ou des sentenas arbitrales sur des différends entre Cantons.

6) Il fait les nominations que la Constitution n'attribue pas à l'Assemblée fédérale ou au Tribunal fédéral, ou que les lois ne délèguent pas à une autre autorité inférieure.

Il nomme des Commissaires pour des missions à l'intérieur ou au dehors

7) Il examine les traités des Cantons entr'eux ou avec l'étranger, et il les approuve, s'il y a lieu. (Art. 74, N.° 5.)

8) Il veille aux intérêts de la Confédération au dehors, notamment à l'observation de ses rapports internationaux et il est, en général, chargé des relations extérieures.

9) Il veille à la sureté extérieure de la Suisse, au maintien de son indépendance et de sa neutralité.

10) Il veille à la Sureté intérieure de la Confédération, au maintien de la tranquillité et de l'ordre.

11) En cas d'urgence et lorsque l'Assemblée fédérale n'est pas réunie, le Conseil fédéral est autorisé à lever les troupes nécessaires et à en disposer, sous réserve de convoquer immédiatement les Conseils, si le nombre des troupes levées dépasse deux mille hommes ou si elles restent sur pied au delà de trois semaines.

12) Il est chargé de ce qui a rapport au militaire fédéral ainsi que de

toutes les autres branches de l'administration qui appartiennent à la Confédération.

13) Il examine les lois et les ordonnances des Cantons qui doivent être soumises à son approbation; il exerce la surveillance sur les branches de l'administration cantonale que la Confédération a placées sous son contrôle, telles que le militaire, les péages, les routes et les ponts.

14) Il administre les finances de la Confédération, propose le budget et rend les comptes des recettes et des dépenses.

15) Il surveille la gestion de tous les fonctionnaires et employés de l'administration fédérale.

16) Il rend compte de sa gestion à l'Assemblée fédérale, à chaque session ordinaire, lui présente un rapport sur la situation de la Confédération tant à l'intérieur qu'au dehors, et recommande à son attention les mesures qu'il croit utiles à l'accroissement de la prospérité commune.

Il fait aussi des rapports spéciaux lorsque l'Assemblée fédérale ou une de ses Sections le demande.

Art. 91.

Les affaires du Conseil fédéral sont réparties par départements entre ses membres. Cette répartition a uniquement pour but de faciliter l'examen et l'expédition des affaires; les décisions émanent du Conseil fédéral comme autorité.

Art. 92.

Le Conseil fédéral et ses départements sont autorisés à appeler des experts pour des objets spéciaux.

III. Chancellerie fédérale.

Art. 93.

Une Chancellerie fédérale, à la tête de laquelle se trouve le Chancelier de la Confédération, est chargée du Secrétariat de l'Assemblée

fédérale et de celui du Conseil fédéral.

Le Chancelier est élu par l'Assemblée fédérale pour le terme de trois ans, en même temps que le Conseil fédéral.

La Chancellerie est sous la surveillance plus spéciale du Conseil fédéral.

Une loi fédérale déterminera ultérieurement ce qui a rapport à l'organisation de la Chancellerie.

IV. Tribunal fédéral.

Art. 94.

Il y a un Tribunal fédéral pour l'administration de la justice en matière fédérale.

Il y a, de plus, un Jury pour les affaires pénales.

Art. 95.

Le Tribunal fédéral se compose de onze membres avec des suppléants dont la loi déterminera le nombre.

Art. 96.

Les membres du Tribunal fédéral et les suppléants sont nommés pour trois ans par l'Assemblée fédérale. Le Tribunal fédéral est renouvelé intégralement après chaque renouvellement du Conseil national.

Les membres qui font vacance dans l'intervalle des trois ans sont remplacés, à la première session de l'Assemblée fédérale, pour le reste de la durée de leurs fonctions.

Art. 97.

Peut être nommé au Tribunal fédéral tout citoyen suisse éligible au Conseil national.

Les membres du Conseil fédéral et les fonctionnaires nommés par

cette autorité ne peuvent en même temps faire partie du Tribunal fédéral.

Art. 98.

Le Président et le Vice-Président du Tribunal fédéral sont nommés par l'Assemblée fédérale, chacun pour un an, parmi les membres du corps.

Art. 99.

Les membres du Tribunal fédéral sont indemnisés au moyen de vacations payées par la caisse fédérale.

Art. 100.

Le Tribunal fédéral organise sa Chancellerie et en nomme le personnel.

Art. 101.

Comme Cour de justice civile, le Tribunal fédéral connaît:

1) pour autant qu'ils ne touchent pas au droit public, des différends:

a. entre Cantons;

b. entre la Confédération et un Canton;

2) des différends entre la Confédération, d'un côté, et des corporations ou des particuliers, de l'autre, lorsque ces corporations et ces particuliers sont demandeurs et qu'il s'agit de questions importantes que déterminera la législation fédérale;

3) des différends concernant les gens sans patrie. (Heimathlose).

Dans les cas mentionnés sous N.° 1, lettres a et b, ci-dessus, l'affaire est portée au Tribunal fédéral par l'intermédiaire du Conseil fédéral. Si le Conseil résout négativement la question de savoir si l'affaire est du ressort du Tribunal fédéral, le conflit est décidé par l'Assemblée fédérale.

Art. 102.

Le Tribunal fédéral est tenu de juger d'autres causes, lorsque les parties s'accordent à le saisir et que l'objet en litige dépasse une valeur considérable que détermine la législation fédérale. Dans ce cas, les frais sont entièrement à la charge des parties.

Art. 103.

L'action du Tribunal fédéral comme Cour de justice pénale sera déterminée par la loi fédérale qui statuera ultérieurement sur la mise en accusation, les Cours d'assises et la cassation.

Art. 104.

La Cour d'assises, avec le jury qui prononce sur les questions de fait, connaît:

a. des cas concernant des fonctionnaires déférés à la justice pénale par l'autorité fédérale qui les a nommés;

b. des cas de haute trahison envers la Confédération, de révolte ou de violence contre les autorités fédérales;

c. des crimes et des délits contre le droit des gens;

d. des délits politiques qui sont la cause ou la suite des troubles par lesquels une intervention fédérale armée a été occasionnée.

L'Assemblée fédérale peut toujours accorder l'amnistie ou faire grâce au sujet de ces crimes et de ces délits.

Art. 105.

Le Tribunal fédéral connaît, de plus, de la violation des droits garantis par la présente Constitution, lorsque les plaintes à ce sujet sont renvoyées devant lui par l'Assemblée fédérale.

Art. 106.

Outre les cas mentionnés aux articles 101, 104 et 105, la législation fédérale peut placer d'autres affaires dans la compétence du Tribunal fédéral.

Art. 107.

La législation fédérale déterminera:

a. l'organisation du Ministère public fédéral;

b. Quels délits seront dans la compétence du Tribunal fédéral, ainsi que les lois pénales à appliquer;

c. les formes de la procédure fédérale, qui sera publique et orale;

d. ce qui concerne les frais de justice.

V. Dispositions diverses.

Art. 108.

Tout ce qui concerne le siège des autorités de la Confédération est l'objet de la législation fédérale.

Art. 109.

Les trois principales langues parlées en Suisse, l'allemand, le français et l'italien, sont langues nationales de la Confédération.

Art. 110.

Les fonctionnaires de la Confédération sont responsables de leur gestion. Une loi fédérale déterminera d'une manière plus précise ce qui tient à cette responsabilité.

Chapitre III.

Révision de la Constitution fédérale.

Art. 111.

La Constitution fédérale peut être révisée en tout temps.

Art. 112.

La révision a lieu dans les formes statuées par la législation fédérale.

Art. 113.

Lorsqu'une Section de l'Assemblée fédérale décrète la révision de la Constitution fédérale et que l'autre Section n'y consent pas, ou bien lorsque cinquante mille citoyens suisses ayant droit de voter demandent

la révision, la question de savoir si la Constitution fédérale doit être révisée, est, dans l'un comme dans l'autre cas, soumise à la votation du Peuple suisse, par oui ou par non.

Si, dans l'un ou l'autre de ces cas, la majorité des citoyens suisses prenant part à la votation se prononce pour l'affirmative, les deux Conseils seront renouvelés pour travailler à la révision.

Art. 114.

La Constitution fédérale révisée entre en vigueur lorsqu'elle a été acceptée par la majorité des citoyens suisses prenant part à la votation et par la majorité des Cantons.

Dispositions transitoires.

Art. 1.

Les Cantons se prononceront sur l'acceptation de la présente Constitution fédérale suivant les formes prescrites par leur Constitution, ou, dans ceux où la Constitution ne prescrit rien à cet égard, de la manière qui sera ordonnée par l'autorité suprême du Canton que cela concerne.

Art. 2.

Les résultats de la votation seront transmis au Directoire fédéral pour être communiqués à la Diète, qui prononcera si la nouvelle Constitution fédérale est acceptée.

Art. 3.

Lorsque la Diète aura déclaré la Constitution fédérale acceptée, elle arrêtera immédiatement les dispositions nécessaires à sa mise en vigueur.

Les attributions du Conseil fédéral de la guerre et celles du Conseil d'administration des fonds de guerre fédéraux passeront au Conseil fédéral.

Art. 4.

Les dispositions statuées par le premier membre et par la lettre c de l'article 6 de la présente Constitution ne sont pas applicables aux constitutions cantonales actuellement en vigueur.

Les prescriptions de ces constitutions qui seraient contraires aux autres dispositions de la Constitution fédérale seront abrogées du jour où la présente Constitution sera déclarée acceptée.

Art. 5.

La perception des droits d'entrée fédéraux continuera jusqu'à ce que les tarifs des nouveaux péages qui seront perçus par la Confédération à la frontière Suisse aient été mis à exécution.

Art. 6.

Les arrêtés de la Diète et les concordats non contraires à la présente Constitution fédérale demeurent en vigueur jusqu'à ce qu'ils soient abrogés.

Les concordats dont le contenu est devenu l'objet de la législation fédérale cesseront d'être en vigueur dès que ces lois seront exécutoires.

Art. 7.

Dès que l'Assemblée fédérale et le Conseil fédéral seront constitués, le Pacte fédéral du 7 Août 1815 sera abrogé.

Arrêté

Arrêté

concernant la déclaration solennelle de l'acceptation de la nouvelle Constitution fédérale de la Confédération Suisse.

La Diète fédérale,

Après avoir soumis à son examen les procès-verbaux et les autres actes qui sont parvenus de la part de tous les Cantons au Directoire fédéral touchant la votation sur la Constitution fédérale de la Confédération suisse, délibérée par la Diète dans ses séances du 15 Mai au 27 Juin 1848 inclusivement,

Considérant qu'ensuite de ces communications, tous les Cantons se sont prononcés sur l'acceptation ou le rejet de la Constitution fédérale qui leur a été soumise en la manière prescrite par l'article 1 des dispositions transitoires,

Considérant qu'il résulte de la vérification exacte des procès-verbaux sur la votation qui a eu lieu dans tous les Cantons, que la Constitution de la Confédération suisse délibérée par la Diète a été approuvée et acceptée par quinze Cantons et un demi, représentant ensemble une population de 1,897,827 âmes, par conséquent la grande majorité des citoyens suisses actifs, ainsi que la grande majorité des vingt-deux Cantons,

En exécution de l'article 2 des dispositions transitoires d'après lesquelles il appartient à la Diète de décider, après l'examen du résultat des votations, si la nouvelle Constitution fédérale est acceptée ou non,

arrête:

Art. 1. La Constitution fédérale de la Confédération suisse, délibérée par la Diète dans ses séances du 15 Mai au 27 Juin 1848 inclusivement, et soumise à la votation dans tous les Cantons conformément à l'art. 1er. des dispositions transitoires, est déclarée

solennellement acceptée et reconnue comme loi fondamentale de la Confédération suisse.

Art. 2. La présente déclaration sera comme acte authentique déposée dans les archives fédérales en expédition originale conjointement avec la Constitution fédérale telle qu'elle a été acceptée ; il en sera imprimé un nombre suffisant d'exemplaires qui seront immédiatement communiqués par le Directoire à tous les Gouvernements cantonaux pour être portés à la connaissance de tous les citoyens.

Art. 3. La Diète prendra immédiatement les dispositions nécessaires à la mise en vigueur de la Constitution fédérale.

Ainsi fait à Berne, le douze Septembre mil-huit-cent quarante-huit.

La Diète fédérale ordinaire ;
En son nom
Le Président du Conseil-exécutif de Berne,
Directoire fédéral,
Président de la Diète :

Neq: Fluhe.

Le Chancelier de la Confédération :

Schiess.

Costituzione federale

per la

Confederazione Svizzera.

Nel Nome di Dio Onnipossente!

La Confederazione Svizzera

Allo scopo di rassodare la lega dei Confederati, di mantenere ed accrescere l'Unità, la Forza e l'Onore della Nazione Svizzera ha adottato la seguente Costituzione federale.

COSTITUZIONE FEDERALE

della

Confederazione Svizzera.

Capitolo primo

Disposizioni generali.

Articolo 1.

Le popolazioni dei ventidue Cantoni sovrani in oggi riunite in forza della presente Lega, cioè: Zurigo, Berna, Lucerna, Uri, Svitto, Unterwalden (sopra e sotto Selva), Glarona, Zugo, Friburgo, Soletta, Basilea

(Città e Campagna), Sciaffusa, Appenzello (ambedue i Rhodes), S. Gallo, Grigioni, Argovia, Turgovia, Ticino, Vaud, Vallese, Neuchatel e Ginevra costituiscono nel loro insieme la Confederazione Svizzera.

Art. 2.

La Lega ha per iscopo: di sostenere l'indipendenza della Patria contro lo straniero, di mantenere la pace e l'ordine nell'interno, di proteggere la libertà e i diritti dei Confederati, e di aumentare la loro comune prosperità.

Art. 3.

I Cantoni sono sovrani, fin dove la loro sovranità non è limitata dalla Costituzione federale, e, come tali, esercitano tutti i diritti, che non sono devoluti all' Autorità federale.

Art. 4.

Tutti gli Svizzeri sono uguali innanzi alla legge. Nella Svizzera non vi ha sudditanza di sorta, non privilegio di luogo, di nascita, di famiglia o di persona.

Art. 5.

La Confederazione garantisce ai Cantoni il loro territorio, la loro sovranità entro i limiti stabiliti dall' articolo 3, le loro costituzioni, la libertà, i diritti del popolo ed i diritti costituzionali dei cittadini; e similmente garantisce i diritti e le attribuzioni, cui il popolo ha conferito alle Autorità.

Art. 6.

I Cantoni sono obbligati di domandare per le loro Costituzioni la garanzia della Confederazione.

La Confederazione assume tale garanzia allorchè:

a. esse nulla contengono di contrario alle prescrizioni

della

= della Costituzione federale;

b. assicurano l'esercizio dei diritti politici giusta le forme repubblicane — rappresentative o democratiche;

c. sieno state accettate dal popolo e possono essere riformate, quando la maggioranza assoluta dei cittadini lo richieda.

Art. 7.

Ogni lega speciale ed ogni trattato speciale di natura politica tra i Cantoni sono proibiti.

Per lo contrario hanno essi diritto di conchiuder tra loro delle convenzioni sopra oggetti di legislazione, di giustizia e di amministrazione; nullameno debbono presentarle all'esame dell'Autorità federale, la quale, se tali convenzioni contengono alcuna cosa di contrario alla Confederazione o ai diritti di altri Cantoni, è autorizzata ad impedirne l'esecuzione. Nell'opposto caso i rispettivi Cantoni hanno diritto di chiedere la cooperazione della Autorità federali per l'esecuzione.

Art. 8.

La Confederazione soltanto ha il diritto di dichiarare la guerra e di conchiudere la pace, di stipulare cogli stati esteri alleanze e trattati, particolarmente di Dazio e di Commercio.

Art. 9.

In via eccezionale i Cantoni hanno podestà di stipulare cogli Stati esteri de' trattati di economia pubblica, di rapporti di vicinato e di polizia; ma questi non hanno mai da contenere cosa alcuna che sia contraria alla Confederazione o ai diritti di altri Cantoni.

Art. 10.

I rapporti ufficiali tra i Cantoni ed i governi degli Stati esteri, siccome pure coi rappresentanti di questi,

hanno luogo per mezzo del Consiglio federale.

Tuttavia per gli oggetti accennati all'art. 9, i Cantoni possono corrispondere direttamente colle Autorità e cogli impiegati secondari di un estero Stato.

Art. 11.

Non è permesso conchiudere alcuna capitolazione militare.

Art. 12.

I membri delle Autorità federali, gli impiegati civili e militari della Confederazione, i rappresentanti o i Commissari federali non possono ricevere dai governi stranieri nè pensioni o stipendi, nè titoli, doni od ordini cavallereschi.

Ma quando essi fossero di già al possesso di pensioni, titoli d'onore od ordini cavallereschi, per tutto il tempo che dura il loro ufficio hanno da rinunciare al godimento delle pensioni, ad assumere il titolo che hanno ed a portare il distintivo dell'ordine, cui appartengono.

Tuttavia il Consiglio federale può accordare ai funzionari et impiegati secondari la facoltà di continuare a ricevere le loro pensioni.

Art. 13.

La Confederazione non ha diritto di mantenere truppe permanenti.

Senza consentimento delle Autorità federali nessun Cantone, o, nei Cantoni separati, nessuna parte del Cantone, può avere più di 300 uomini di truppa permanente, non compresi i corpi di gendarmeria.

Art. 14.

Quando nascono delle contese fra i Cantoni, debbono

questi astenersi dal farsi giustizia da sè, siccome pure da ogni armamento, e sottomettersi invece alla decisione federale.

Art: 15.

Allorchè un Cantone è improvvisamente minacciato di pericolo dall'estero, il governo del Cantone minacciato ha obbligo di chieder per aiuto altri Cantoni, avvisandone al tempo istesso l'Autorità federale, e senza pregiudizio delle ulteriori disposizioni di questa. I Cantoni richiesti hanno dovere di accorrere in aiuto. Le spese sono a carico della Confederazione.

Art: 16.

Allorché l'ordine interno di un Cantone è turbato, o quando il pericolo è minacciato da un altro Cantone, il governo del Cantone minacciato dee darne immediata conoscenza al Consiglio federale, affinchè questi, entro i limiti degli attributi suoi (art: 90, N.° 3, 10 e 11) possa prendere le provvidenze richieste o convocare l'Assemblea federale. In casi urgenti il rispettivo governo è autorizzato, dandone immediato avviso al Consiglio federale, a richieder per aiuto altri Cantoni, e gli Stati di ciò richiesti hanno dovere di prestarsi.

Quando il governo del Cantone è fuori della possibilità di domandare aiuto, può, e quando la sicurezza della Svizzera è periclitante deve la competente Autorità federale intervenire spontaneamente.

Ne' casi d'intervento federale le Autorità della Confederazione vegliano a fine sieno adempiute le prescrizioni dell'art. 5.

Le spese vanno a carico del Cantone richiedente o di quello che causò l'intervento federale, quando però l'Assemblea federale, a cagione di speciali circostanze, non decida altrimenti.

Art. 17.

Nei casi indicati dagli art. 15 e 16, ogni Cantone ha dovere di lasciar libero passaggio alle truppe. Queste hanno immediatamente da essere poste sotto comando federale.

Art. 18.

Ogni Svizzero è obbligato al servizio militare.

Art. 19.

L'armata federale, che è composta dei contingenti dei Cantoni, consiste:

a. nel contingente federale, pel quale ogni Cantone dee fornire 3 uomini sopra 100 anime di popolazione svizzera;

b. nella riserva, che è la metà del contingente federale.

Ne' tempi di pericolo la Confederazione può disporre ancora delle altre forze militari (Landwehr) di ogni Cantone.

La scala secondo la quale ogni Cantone deve fornire l'assegnato contingente in uomini, sarà riveduta ogni vent'anni.

Art. 20.

Affinchè l'armata federale abbia la voluta uniformità ed attitudine al servigio, vengono stabilite le seguenti massime:

1) Una legge federale determina l'organizzazione generale dell'armata federale.

2) La Confederazione si incarica:

a. dell'istruzione delle truppe del genio, d'artiglieria e di cavalleria, coll'obbligo però ai Cantoni, che hanno da mantenere queste specie d'armi, di fornire i cavalli;

b. di formare degli istruttori per le altre specie di armi;

c. dell'istruzione superiore militare, per il che erige delle scuole militari speciali ed ordina delle riunioni di truppe;

d. della somministrazione di una parte del materiale da guerra.

La centralizzazione dell'istruzione militare in caso di bisogno potrà essere maggiormente sviluppata dalla legislazione federale.

3) La Confederazione veglia all'istruzione militare della fanteria e dei carabinieri, come pure all'acquisto, alla fabbricazione ed al mantenimento del materiale da guerra, cui i Cantoni debbono fornire all'armata federale.

4) I regolamenti militari dei Cantoni non ponno contenere cosa alcuna che sia contraria all'organizzazione militare federale ed agli obblighi federali che spettano ai singoli Cantoni, e debbono a questo scopo essere presentati all'esame del Consiglio federale.

5) Tutti i corpi di truppa al servizio della Confederazione portano esclusivamente la bandiera federale.

Art. 21.

Nell'interesse della Confederazione o di una gran parte della medesima, ha essa il diritto di erigere pubbliche opere a spese della Confederazione stessa, o aiutare l'erezione delle medesime.

A questo uopo essa è pure autorizzata a valersi del diritto di espropriazione mediante pieno indennizzo. Le ulteriori disposizioni sono riservate alla legislazione federale.

L'Assemblea federale può proibire l'erezione di ope-

re pubbliche, le quali sieno di danno agl' interessi militari della Confederazione.

Art. 22.

La Confederazione ha diritto di erigere un' Università ed una Scuola Politecnica.

Art. 23.

I dazi sono di competenza federale.

Art. 24.

La Confederazione ha diritto, mediante indennizzo, di sopprimere in tutto o in parte i dazi di terra e di acqua, i pedaggi ed i pontenaggi, i diritti obbligatori di dogana e gli altri di questa specie accordati o riconosciuti dalla Dieta, spettino essi ai Cantoni, o sieno percepiti da Comuni, da Corporazioni o da privati. Quei dazi o pedaggi, che gravitano il transito, in ogni caso hanno da essere riscattati su tutto il territorio della Confederazione e contemporaneamente.

La Confederazione ha il diritto di far pagare ai confini svizzeri un dazio di entrata, di uscita e di transito.

Essa ha egualmente il diritto, mediante indennizzo, o di appropriarsi o di godere per locazione di quei fabbricati che, posti alla frontiera Svizzera, sono al presente destinati all' amministrazione daziaria.

Art. 25.

La percezione dei dazi dee regolarsi coi seguenti principi:

1) Diritti di importazione:

a. Le stoffe ed il materiale necessario all' industria interna, nella tariffa daziaria, sono tassati il meno possibile.

b. Egualmente gli oggetti necessari al sostentamento della vita.

c.

c. Gli oggetti di lusso soggiacciono alla tassa più alta.

2) I diritti di transito, e di regola anche i diritti di esportazione, sono fissati il più possibilmente modici.

3) La legislazione daziaria stabilisce le disposizioni proprie alla sicurezza del commercio di confine e di mercato.

Alla Confederazione è sempre riservato il diritto di prendere in straordinarie circostanze, declinando dalle precedenti disposizioni, delle temporarie speciali provvidenze.

Art. 26.

Il prodotto dei dazi d'importazione, esportazione e transito viene impiegato nel modo seguente:

a. Ogni Cantone riceve 1 batz per testa di tutta la popolazione computata coi registri del 1838.

b. Quando un Cantone, col compenso indicato alla lettera a, non è bastevolmente indennizzato pei diritti soppressi giusta l'art. 21, gli si compete inoltre quanto è necessario a risarcirlo dei diritti medesimi, prendendo per base il medio proporzionale del prodotto netto dei cinque anni, dal 1812 al 1816 inclusivamente.

c. Il di più dell'entrata si versa nella cassa della Confederazione.

Art. 27.

Se alcuni dazi, pedaggi e pontenaggi furono accordati ad estinzione di un capitale impiegato in una costruzione o di una parte del medesimo, la riscossione degli stessi o l'indennizzazione cessa si tosto che è coperto il capitale, o la rispettiva parte di esso, insieme cogli interessi.

Art. 28.

Colle presenti disposizioni non deesi apportare alcun nocumento alle condizioni sui diritti di transito contenute nei trattati di strade ferrate già conchiusi. La Confederazione all'incontro subentra in quei diritti, che i Cantoni, in forza di tali trattati, hanno per sè riserbati rispetto al transito.

Art. 29.

È libera la vendita e la compera dei mezzi di sussistenza, del bestiame e delle mercanzie, dei prodotti del suolo e di ogni maniera d'industria; libera è pure la loro entrata, uscita e transito da un Cantone all'altro.

Vanno riservati:

a. Rispetto alla vendita ed alla compera, la regalia del sale e della polvere.

b. Le disposizioni dei Cantoni, che riguardano la polizia del commercio, dell'industria e delle strade.

c. Le disposizioni sul caparramento dannoso dei mezzi di sussistenza.

d. Le momentanee provvidenze di polizia sanitaria in tempi di epidemia.

Le disposizioni accennate alla lettere b. e. c. debbono considerare e trattare egualmente i cittadini del Cantone e gli Svizzeri, cittadini di altri Cantoni. Queste hanno da essere sottoposte alla revisione del Consiglio federale, nè possono mai essere eseguite prima d'aver ricevuto l'approvazione del medesimo.

e. I diritti accordati o riconosciuti dalla Dieta, e che la Confederazione non ha aboliti (art. 24 e 31).

f. I diritti di consumo sul vino ed altre bevande spiritose, secondo il prescritto dall'art. 32.

Art: 30.

La legislazione federale, in quanto la Confederazione può avervi interesse, si riserba di prendere le necessarie disposizioni rispetto all'abolizione dei privilegi riguardanti il trasporto di persone e mercanzie di ogni sorta, tanto fra Cantone e Cantone quanto nell'interno di ciascheduno di essi, così per acqua come per terra.

Art: 31.

La riscossione dei diritti indicati all'art. 29 lett. e è sotto la sorveglianza del Consiglio federale. Questi diritti, senza l'approvazione dell'Assemblea federale, non possono essere aumentati, nè la riscossione dei medesimi essere prolungata, quando sia stata circoscritta ad un tempo determinato.

I Cantoni non possono in guisa alcuna, nè sotto qualsivoglia denominazione introdurre di nuovo dazi, pedaggi o pontenaggi. Tuttavia l'Assemblea federale può concedere per un tempo determinato cotali diritti, e ciò per favorire e sostenere l'erezione di opere pubbliche, che, giusta lo spirito dell'art: 21, sono pel commercio di universale interesse, e che senza questa concessione non potrebbero essere eseguite.

Art: 32.

È facoltativo ai Cantoni, oltre ai diritti riservati all'art. 29 lett. e, di percepire dei diritti di consumo sul vino ed altre bevande spiritose, sempre però colle seguenti restrizioni:

a. Nella riscossione degli stessi il transito non deve in alcuna guisa essere aggravato, ed il commercio in generale inceppato il meno possibile, nè aggravato da verun altro diritto.

b. Se gli oggetti importati pel consumo vengono

2. nuovamente esportati dal Cantone, i diritti di consumo già pagati deggiono essere restituiti senza niun altro aggravio.

c. I prodotti svizzeri sono aggravati di diritti più bassi che non quelli dell'estero.

d. I diritti di consumo sul vino e sulle altre bevande spiritose di origine svizzera non possono essere aumentati in quei Cantoni nei quali esistono, nè introdotti in quelli, ne' quali ora non se ne riscuote alcuno.

e. Le leggi ed i decreti dei Cantoni sulla percezione dei diritti di consumo, prima d'essere posti in vigore debbono presentarsi all'Autorità federale per l'approvazione, e questo onde sia impedita la trascuranza delle precedenti disposizioni.

Art. 33.

L'amministrazione postale su tutto il territorio della Confederazione viene assunta dalla Confederazione istessa dietro le seguenti prescrizioni:

1) Le comunicazioni postali attualmente esistenti non possono, nel loro insieme, essere diminuite senza consentimento dei Cantoni interessati.

2) Le tariffe in tutto il territorio della Confederazione vengono determinate dietro eguali basi ed il più possibilmente eque.

3) L'inviolabilità del secreto delle lettere è garantita.

4) La Confederazione indennizza la cessione della regalia postale, e precisamente colle seguenti disposizioni:

a. I Cantoni ricevono annualmente una somma, che è media proporzionale dell'introito netto percepito dall'amministrazione delle Poste sul territorio del proprio

Cantone, durante i tre anni 1814, 1815 e 1816.

Quando poi l'introito depurato, cui la Confederazione riscuote dall'Amministrazione postale, non bastasse a tutti questi indennizzi, verrà ai Cantoni fatta una deduzione in proporzione della perdita e della media di sopra stabilita.

b. Quando un Cantone non ha ancor nulla direttamente ricevuto dalla regalia postale, o che per un contratto di cessione temporaria conchiusa con un altro Cantone ha manifestamente ricevuto meno di quel che, in modo patente e da dimostrarsi co' registri, l'esercizio della regalia postale sul proprio territorio ha prodotto di netto al Cantone cessionario, sono queste circostanze da prendersi equamente in considerazione nel determinare la somma d'indennizzo.

c. In que' luoghi ne' quali l'esercizio della regalia postale è stato ceduto ai privati, la Confederazione ne assume la relativa indennizzazione.

d. La Confederazione ha diritto ed obbligo di addossarsi il materiale pertinente all'Amministrazione delle Poste, quando questo sia adatto all'uso e necessario, corrispondendo ai proprietari un' equa indennizzazione.

e. L'Amministrazione federale ha diritto di valersi per proprio uso dei fabbricati, che attualmente sono destinati all'Amministrazione postale, mediante indennizzo o comperandoli o appigionandoli.

Art. 34.

Nell'Amministrazione dei dazi e delle poste gli impiegati hanno, per la più gran parte, da essere scelti tra gli abitanti di quei Cantoni, pei quali sono destinati.

Art. 35.

La Confederazione esercita la suprema sorveglianza sulle strade e sui ponti, il cui mantenimento ha per lei un interesse.

Le somme, che, secondo gli articoli 26 e 33, spettano ai Cantoni per dazi e poste, vengono trattenute dall'Autorità federale allorquando queste strade o ponti non sono mantenuti in convenevole stato dai Cantoni, corporazioni o privati, ai quali spettano.

Art. 36.

La Confederazione esercita tutti i diritti spettanti alla regalia monetaria.

Cessa il coniare delle monete per parte dei Cantoni, e questo vien fatto solo dalla Confederazione.

È oggetto della legislazione federale di stabilire il sistema monetario, e la tariffa di quelle in circolazione: essa prenderà altresì le disposizioni precise, secondo le quali ogni Cantone è obbligato di far rifondere o riconiare le monete già da lui coniate.

Art. 37.

La Confederazione, dietro i principi del vigente concordato federale, introdurrà su tutta l'estensione del suo territorio l'unità di peso e misura.

Art. 38.

La Confederazione ha esclusivamente entro i suoi confini il diritto della fabbricazione e vendita della polvere da schioppo.

Art. 39.

Le spese della Confederazione vengono pagate:

a. cogli interessi dei fondi federali della guerra;

b. col prodotto dei dazi svizzeri di frontiera;

2 c.

c. col prodotto dell'amministrazione postale;

d. col prodotto dell'amministrazione della polvere;

e. colle contribuzioni dei Cantoni, le quali però non ponno imporsi se non per decreto dell'Assemblea federale.

Cotali contribuzioni vengono pagate dai Cantoni dietro una scala del contingente in denaro, la quale ogni vent'anni dee sottoporsi ad una revisione. Per una si fatta revisione serviranno di base si la popolazione che le sostanze e l'industria dei Cantoni.

Art: 10.

Costantemente dee trovarsi nella cassa federale, in moneta sonante, almeno una somma eguale al doppio contingente in denaro, onde sostenere le spese militari occagionate dalle leve di truppe federali.

Art: 11.

La Confederazione garantisce a tutti gli Svizzeri, appartenenti ad una delle Confessioni cristiane, il diritto di libero domicilio su tutto il suo territorio, secondo le prescrizioni seguenti:

1) A niun Svizzero, che appartiene ad una delle confessioni cristiane, può essere negato il domicilio in qualunque Cantone, quando posseda i seguenti autentici documenti:

a. un attestato di origine od un altro equivalente documento autentico;

b. un attestato di morale condotta;

c. un attestato che gode dei diritti civici e che è persona di pura fama;

e quando, dietro richiesta, può provare d'essere in grado di alimentare sè e la propria famiglia colle sostanze, coll'industria o con una professione.

Gli Svizzeri naturalizzati hanno di più a presentare

4 l'attestato che da cinque anni almeno si trovano in possesso di una effettiva cittadinanza cantonale.

2) Il domiciliato non può essere richiesto, da parte del Cantone in cui fissa la sua dimora, di veruna malleveria, nè, a cagione del domicilio, essergli imposto verun altro carico speciale.

3) Una legge federale stabilirà la durata della concessione di dimora, non che il maximum dei diritti di Cancelleria da pagarsi per ottenerla.

4) Il domiciliato gode di tutti i diritti dei cittadini del Cantone in cui si è stabilito, ad eccezione del diritto di voto negli affari comunali e la partecipazione ai beni dei Comuni e delle corporazioni. In particolare poi gli è garantito il libero esercizio dell'industria ed il diritto di compera e vendita di beni stabili, giusta le leggi ed i decreti del Cantone, i quali, a rispetto di tutto ciò, debbono ritenere il domiciliato pari al proprio cittadino.

5) Nelle imposte comunali il Comune non può aggravare il domiciliato di un altro Cantone di nessuna contribuzione maggiore di quella che pagano i domiciliati attinenti del proprio Cantone.

6) Il domiciliato può essere espulso dal Cantone in cui ha fermato dimora:

a. a cagione di sentenza criminale giuridica;

b. per ordine delle autorità di polizia, quando ha perduto i diritti civili o fu infamato, o che si è reso colpevole d'immorale condotta, o che, divenuto povero, cade in aggravio, o che sia stato spesse volte punito per trasgressioni di polizia.

Art. 42.

Ogni cittadino di un Cantone è Cittadino svizzero Come tale egli può esercitare i diritti politici negli affari

fede-

federali e cantonali in quel Cantone nel quale è domiciliato. Tuttavia non può esercitare questi diritti se non alle medesime condizioni dei cittadini del Cantone; e rispetto agli affari cantonali, li può esercitare solo dopo una dimora più prolungata, la cui durata è stabilita dalla legislazione cantonale, ma che non può mai essere protratta ad oltre due anni.

Nessuno può esercitare i diritti politici in più d'un Cantone.

Art: 13.

Nessun Cantone può dichiarare un cittadino decaduto dal diritto di cittadinanza.

Nessun Cantone può accordare agli stranieri il diritto di cittadinanza prima che non sieno affato liberi dai legami, che lo teneano avvinto al proprio Stato.

Art: 14.

È garantito il libero esercizio di culto delle Confessioni cristiane riconosciute su tutto il territorio della Confederazione.

Ai Cantoni e alla Confederazione resta riserbato il diritto di prendere le misure proprie al mantenimento dell'ordine pubblico e della pace tra le Confessioni.

Art: 15.

È garantita la libertà della stampa.

La legislazione cantonale prende le necessarie disposizioni contro l'abuso della medesima, le quali disposizioni abbisognano però dell'approvazione del Consiglio federale.

La Confederazione ha il diritto di statuire delle leggi penali contro l'abuso della stampa, che prende di mira la Confederazione e le sue Autorità.

Art. 16.

11.

Art: 16.

I cittadini hanno diritto di formare delle riunioni quando non sono illegali o pericolose allo Stato nè pel loro scopo, nè pei mezzi a questo impiegati. La legislazione cantonale emana le convenienti disposizioni a reprimere l'abuso di cotesto diritto.

Art: 17.

È garantito il diritto di petizione.

Art: 18.

Tutti i Cantoni hanno obbligo di ritenere i Cittadini svizzeri di una delle confessioni cristiane eguali ai cittadini del proprio Cantone, così nella legislazione come nella procedura giudiziaria.

Art: 19.

Tutte le sentenze civili aventi forza esecutiva pronunciate in un Cantone debbono ottenere esecuzione in tutta la Svizzera.

Art: 50.

Il debitore svizzero solvibile, che ha uno stabile domicilio, deve per pretese personali essere citato innanzi al giudice del proprio domicilio; e quindi a motivo di pretese non si può mettere sequestro di sorta sui beni di una persona fuori del Cantone, in cui abita.

Art: 51.

Ogni diritto di detrazione (jus detractus, — traite foraine, — Abzugsrechte) nell'interno della Svizzera, siccome pure qualsiasi diritto di prelazione (droit de retrait, — Zugrechte), esercitato dai cittadini di un Cantone verso i cittadini di un altro Cantone, è abolito.

Art: 52.

Art: 52.

Rispetto agli Stati esteri vi ha libertà di trasporto delle sostanze sotto riserva di reciprocità.

Art: 53.

Niuno può essere sottratto al proprio giudice costituzionale, e quindi non può essere creato veruno tribunale eccezionale.

Art: 54.

Per delitti politici non si può pronunciare sentenza di morte.

Art: 55.

Una legge federale stabilirà le norme sull'estradizione degli imputati di delitti da un Cantone all'altro: nullameno l'estradizione per delitti politici e di stampa non può essere obbligatoria.

Art: 56.

È oggetto della legislazione federale la definizione dei diritti di cittadinanza degli individui senza patria (Heimathlose), e lo stabilire delle misure onde non se ne producano dei nuovi.

Art: 57.

La Confederazione ha diritto di espellere dal territorio svizzero quei forastieri, che mettono a pericolo la sicurezza interna od esterna della Confederazione.

Art: 58.

Non possono essere ammessi in nessuna parte della Svizzera nè i Gesuiti, nè le società ad essi affigliate.

Art: 59.

Art: 59.

Le Autorità federali possono emanare degli ordini di polizia sanitaria in tempi di epidemia di pericolo universale.

Capitolo secondo.
Autorità federali.

---

1. Assemblea federale.

Art: 60.

La suprema Autorità della Confederazione è esercitata dall'Assemblea federale che si compone di due sezioni:

A. del Consiglio nazionale,
B. del Consiglio degli Stati.

A. Consiglio Nazionale.

Art: 61.

Il Consiglio nazionale si compone dei Deputati del Popolo Svizzero. Ogni 20,000 anime di popolazione vien scelto un membro.

Una frazione maggiore di 10,000 anime è computata per 20,000.

Ogni Cantone, e, dove i Cantoni sono separati, ognuna delle parti del Cantone, elegge per lo meno un membro.

Art. 62.

Art. 62.

Le elezioni pel Consiglio nazionale sono dirette. Esse hanno luogo in circoli elettorali federali, che però non possono essere formati da parti di Cantoni diversi.

Art. 63.

Ha diritto di voto ogni Svizzero, che ha compito il ventesimo anno d'età e che del resto non è escluso dal diritto di cittadinanza attiva, secondo la legislazione del Cantone nel quale ha il proprio domicilio.

Art. 64.

Sono eleggibili come membri al Consiglio nazionale tutti i Cittadini svizzeri dello stato secolare aventi diritto di voto.

I Cittadini svizzeri naturalizzati per essere eleggibili devono possedere l'acquistato diritto di cittadinanza almeno da cinque anni.

Art. 65.

Il Consiglio nazionale viene eletto per la durata di tre anni, ed ogni volta è rinnovato per rielezioni integrali.

Art. 66.

I membri del Consiglio degli Stati, del Consiglio federale e gli impiegati nominati da quest'ultimo non possono essere contemporaneamente membri del Consiglio nazionale.

Art. 67.

Il Consiglio nazionale elegge nel proprio seno un Presidente ed un Vice-Presidente per ogni sessione ordinaria o straordinaria.

Quel membro che ha coperto la carica di Presi-

dente

dente in una sessione ordinaria, nella prossima sessione ordinaria non è eleggibile nè come Presidente, nè come Vice-Presidente. Il medesimo membro non può essere Vice-Presidente per due sessioni ordinarie consecutive.

Quando via abbia eguaglianza di voti, quello del Presidente decide; nelle nomine egli ha diritto di voto come ogni membro.

Art. 68.

I membri del Consiglio nazionale vengono indennizzati dalla cassa federale.

B. Consiglio degli Stati.

Art. 69.

Il Consiglio degli Stati è composto da 44 Deputati de' Cantoni. Ogni Cantone elegge due Deputati; nei Cantoni separati, ogni parte elegge un Deputato.

Art. 70.

I membri del Consiglio nazionale e del Consiglio federale non ponno contemporaneamente essere membri del Consiglio degli Stati.

Art. 71.

Il Consiglio degli Stati per ogni sessione ordinaria o straordinaria nomina nel suo seno un Presidente ed un Vice-Presidente.

Un Cantone non può avere uno de' suoi Deputati nè come Presidente, nè come Vice-Presidente per due sessioni ordinarie consecutive.

I Deputati di uno stesso Cantone non ponno

coprire

coprire la carica di Vice-Presidente per due sessioni ordinarie consecutive.

Quando i voti sono pari quello del Presidente decide; nelle nomine egli ha diritto di voto come ogni membro.

Art: 72.

I membri del Consiglio degli Stati vengono indennizzati dai Cantoni.

C. Attributi dell'Assemblea federale.

Art: 73.

Il Consiglio nationale ed il Consiglio degli Stati debbono trattare tutti gli oggetti, che, giusta il tenore della presente Costituzione, sono di competenza federale e non sono attributi ad un'altra Autorità federale.

Art: 74.

Gli oggetti, che spettano ai due Consigli, sono particolarmente i seguenti:

1, Le leggi ed i regolamenti per l'eseguimento della Costituzione federale, e precisamente le leggi sulla formazione dei circoli elettorali, sulla maniera di elezione, sull'organizzazione e spaccio degli affari per parte delle Autorità federali, e sulla formazione dei tribunali dei giurati (Jury).

2) Lo stipendio e l'indennizzazione dei membri delle Autorità federali e della Cancelleria federale: la creazione degli impieghi stabili e la determinazione dei loro onorarii.

3) La nomina del Consiglio federale, del Tribunale federale, del Cancelliere, del Generale, del Capo

di

di Stato-maggiore dei Rappresentanti federali.

1) La ricognizione degli Stati e dei Governi esteri.

5) Le alleanze ed i trattati coll'estero, non che l'approvazione dei trattati dei Cantoni tra loro e coll'estero. Cottai trattati dei Cantoni però vengono presentati all'Assemblea federale solo quando v'abbia richiamo o da parte del Consiglio federale, o da parte di un altro Cantone.

6) Le provvidenze per la sicurezza esterna, pel mantenimento dell'indipendenza e neutralità della Svizzera, il dichiarare la guerra ed il conchiuder la pace.

7) La garanzia delle costituzioni e del territorio dei Cantoni; l'intervento in conseguenza della garanzia; le misure per l'interna sicurezza, pel mantenimento della pace e dell'ordine; l'amnistia e la grazia.

8) Le provvidenze che hanno per iscopo la conservazione della Costituzione federale, la garanzia delle costituzioni cantonali, l'adempimento dei doveri federali e la difesa dei diritti garantiti dalla Confederazione.

9) Le disposizioni legislative sull'organizzazione militare federale, sull'istruzione delle truppe e sulle contribuzioni dei Cantoni; le disposizioni intorno all'armata federale.

10) Lo stabilire la scala federale pel contingente in uomini ed in danaro; le disposizioni legislative sull'amministrazione e sull'impiego dei fondi federali della guerra; la riscossione del contingente in danaro dei Cantoni; i prestiti; il conto preventivo ed i reso-conti.

11) Le leggi e decreti sui dazi, sulle poste, sulle monete, sui pesi e misure, sulla fabbrica e vendita

della polvere da schioppo, sulle armi e sulle munizioni.

12) L'erezione di stabilimenti ed opere pubbliche, e le espropriazioni relative.

13) Le disposizioni legislative sui rapporti di domicilio, sui privi di patria (Heimathlose), e la polizia sui forastieri e la sanitaria.

14) La suprema sorveglianza sull'amministrazione federale e sulla giustizia.

15) I reclami dei Cantoni o dei cittadini contro gli ordini o decisioni del Consiglio federale.

16) Quelle contese tra i Cantoni, che riguardano i diritti di Stato.

17) Le quistioni di competenza, particolarmente per decidere:

a. se un oggetto spetti alla Confederazione o alla Sovranità cantonale;

b. se una quistione spetti al Consiglio federale o al Tribunale federale.

18) La riforma della Costituzione federale.

Art. 75.

Ambo i Consigli si radunano una volta all'anno in sessione ordinaria, in un giorno fissato dal regolamento.

Essi vengono pure convocati straordinariamente per decreto del Consiglio federale, oppure quando lo domandano il quarto dei membri del Consiglio nazionale, o cinque Cantoni.

Art. 76.

Per validamente deliberare è necessaria la presenza della maggioranza assoluta dei membri del rispettivo Consiglio.

Art. 77.

Art. 77.

Nel Consiglio nazionale e nel Consiglio degli Stati decide la maggioranza dei votanti.

Art. 78.

Per le leggi e le risoluzioni federali è necessario l'assenso di ambedue i Consigli.

Art. 79.

I membri di ambedue i Consigli votano senza istruzioni.

Art. 80.

Ciascuno dei Consigli tratta e delibera separatamente. Per le nomine (art. 71, N. 3), per l'esercizio del diritto di grazia e per la decisione delle quistioni di competenza ambedue i Consigli si riuniscono a deliberare in comune sotto la direzione del Presidente del Consiglio nazionale, e così decide la maggioranza assoluta dei membri votanti di ambo i Consigli.

Art. 81.

Ognuno dei due Consigli ed ogni membro di ciascheduno di essi ha il diritto di iniziativa.

I Cantoni esercitano per corrispondenza il medesimo diritto.

Art. 82.

Le sessioni di ambedue i Consigli, di regola ordinaria, sono pubbliche.

II. Consiglio federale.

Art. 83.

Il Consiglio federale è la suprema Autorità esecutiva e direttoriale della Confederazione: esso è composto di sette membri.

Art. 84.

I membri del Consiglio federale vengono nominati per tre anni dall'Assemblea federale fra tutti i Cittadini svizzeri, che sono eleggibili come membri del Consiglio nazionale. Tuttavia da un Cantone non si può scegliere più di un membro.

Dopo ogni rinnovazione integrale del Consiglio nazionale ha pur luogo una totale rinnovazione del Consiglio federale.

I posti divenuti vacanti nel frattempo, vengono surrogati nella prossima sessione dell'Assemblea federale per il resto della durata della carica.

Art. 85.

I membri del Consiglio federale non possono coprire verun altro impiego sia esso al servizio della Confederazione, sia di un Cantone, nè esercitare qualunque siasi professione o industria.

Art. 86.

La presidenza del Consiglio federale è devoluta al Presidente della Confederazione: esso ed il Vice-Presidente vengono nominati fra i membri dello stesso, per la durata di un anno dai due Consigli riuniti.

Il Presidente che cessa non è più eleggibile pel vegnente anno nè come Presidente, nè come Vice-

Presidente

Presidente. Lo stesso membro non può coprire la carica di Vice-Presidente per due anni consecutivi.

Art: 87.

Il Presidente della Confederazione e gli altri membri del Consiglio federale ricevono dalla Cassa federale un annuo onorario.

Art: 88.

Per trattare e risolvere legalmente devono essere presenti almeno quattro membri.

Art: 89.

I membri del Consiglio federale nelle discussioni di ambedue le sezioni dell'Assemblea federale hanno voto consultivo, ed hanno pure diritto di fare delle proposte su d'un oggetto in deliberazione.

Art: 90.

Il Consiglio federale, entro i limiti della presente Costituzione, ha particolarmente gli attributi ed obblighi seguenti:

1) Dirige gli affari federali, giusta le leggi ed i decreti della Confederazione.

2) Dee vegliare sulla precisa osservanza della Costituzione, delle leggi e dei decreti della Confederazione, non che sulle prescrizioni dei concordati federali: esso prende, tanto spontaneamente quanto per riclamo altrui, le necessarie provvidenze pel mantenimento degli stessi.

3) Veglia per la garanzia delle Costituzioni cantonali.

4) Propone all'Assemblea federale leggi e risoluzioni, ed accompagna del suo preavviso le proposte, che gli pervengono dai Consigli della Confederazione,

o

o dai Cantoni.

5) Eseguisce le leggi e le risoluzioni federali, le sentenze del Tribunale federale, e le transazioni o giudizi arbitramentali sulle quistioni tra i Cantoni.

6) Fa quelle nomine, che dalla Costituzione non sono attribuite all'Assemblea federale ed al Tribunale federale, o, per una legge, ad un'altra Autorità subalterna.

Nomina dei Commissari per missioni nell'interno o all'estero.

7) Esamina i trattati dei Cantoni fra loro o coll'estero e li approva se nulla osta (art. 74, N.° 5).

8) Veglia alla conservazione degli interessi della Confederazione all'estero, e specialmente i rapporti di diritti internazionali, ed in generale è incaricato degli affari esteri.

9) Veglia per la sicurezza esterna della Svizzera, per il mantenimento della sua indipendenza e della sua neutralità.

10) Ha cura della sicurezza interna del mantenimento della tranquillità e dell'ordine della Confederazione.

11) Nei casi di urgenza, se i Consigli non sono radunati, il Consiglio federale è autorizzato a fare una leva delle truppe necessarie ed a disporne, sotto riserva dell'immediata convocazione dell'Assemblea federale, quando le truppe levate oltrepassino i due mila uomini, o la durata ch'esse rimangono in arme sia più di tre settimane.

12) È incaricato di tutti gli affari militari e di tutti i rami di amministrazione, che spettano alla Confederazione.

13) Esamina le leggi e le disposizioni dei Cantoni,

che

che necessitano della sua approvazione: invigila pure quei rami dell'amministrazione cantonale, cui la Confederazione ha sommesi alla sua sorveglianza, come sono gli oggetti militari, i dazi, le strade ed i ponti.

14) Ha l'amministrazione delle finanze della Confederazione, presenta il conto preventivo, ed il rendiconto delle entrate ed uscite della Confederazione.

15) Ha la sorveglianza sulla gestione di tutti i funzionari ed impiegati dell'amministrazione federale.

16) In ogni ordinaria sessione rende conto all'Assemblea federale della propria gestione; fa rapporto sullo stato interno ed esterno della Confederazione, e raccomanda all'attenzione di lei quelle misure, cui crede vantaggiose a favoreggiare l'universale prosperità.

Di più, ha da presentare particolari rapporti quando lo richieda l'Assemblea federale o una delle Sezioni di essa.

Art. 91.

Gli affari del Consiglio federale vengono partiti in dipartimenti fra i singoli membri. Questa distribuzione ha unicamente per iscopo di agevolare l'esame e lo spaccio degli affari: la decisione emana sempre dal Consiglio federale come Autorità.

Art. 92.

Per affari speciali il Consiglio federale ed i suoi dipartimenti hanno diritto di aggiugnersi degli esperti.

III. Cancelleria federale.

Art: 93.

Una Cancelleria federale, presieduta da un Cancelliere, dà spaccio agli affari di Cancelleria tanto per l'Assemblea federale quanto pel Consiglio federale.

Il Cancelliere è nominato dall'Assemblea federale, sta in carica tre anni, e sempre è scelto contemporaneamente al Consiglio federale.

La Cancelleria federale è sotto la sorveglianza speciale del Consiglio federale.

La più precisa organizzazione della Cancelleria federale è riserbata alla legislazione federale.

IV. Tribunale federale.

Art: 94.

È eretto un Tribunale federale per l'amministrazione della giustizia in quanto essa cade nella competenza della Confederazione.

Per giudicare e sentenziare dei delitti sono istituiti dei Tribunali di giurati (Jury).

Art: 95.

Il Tribunale federale consta di undici membri e di supplimentari, il cui numero verrà fissato dalla legislazione federale.

Art: 96.

I membri del Tribunale federale ed i supplimentari vengono elletti dall'Assemblea federale. La durata della loro carica è di tre anni. La

rinno-

rinnovazione del Tribunale federale avviene dopo quella del Consiglio nazionale.

Se nel frattempo alcun posto rimane vacante, viene surrogato nella prossima sessione dell'Assemblea federale per il resto della durata in ufficio.

Art. 97.

Ogni Cittadino svizzero, che è eleggibile pel Consiglio nazionale, può essere nominato membro del Tribunale federale.

I membri del Consiglio federale e gli impiegati nominati da lui non possono ad un tempo essere membri del Tribunale federale.

Art. 98.

L'Assemblea federale nomina sempre ogni anno il Presidente e Vice-Presidente del Tribunale federale, scegliendolo tra i membri dello stesso.

Art. 99.

I membri del Tribunale federale vengono indennizzati a giornata dalla Cassa federale.

Art. 100.

Il Tribunale federale costituisce la sua Cancelleria.

Art. 101.

Il Tribunale federale giudica come Tribunale Civile:

1) le quistioni, che non sono di diritto pubblico:

a. dei Cantoni tra loro;

b. della Confederazione con un Cantone;

2) le quistioni tra la Confederazione da una parte, e Corporazioni o privati dall'altra, allorchè

questo

questo Corporazioni o privati sono attori e l'oggetto in contesa giunge ad una importanza di valore da determinarsi dalla legislazione federale;

3) le quistioni riguardanti quelli che non hanno patria (Heimathlose).

Nei casi indicati al N.° 1, lett. a e b, avviene il rimando al Tribunale federale per parte del Consiglio federale. Quando questo decide negativamente la quistione, se un tale oggetto sia di spettanza del Tribunale federale, la differenza viene decisa dall'Assemblea federale.

Art. 102.

Il Tribunale federale ha dovere di assumere il giudizio anche di altri casi allorchè è invocato da amendue le parti, e l'oggetto in contesa giugne ad una importanza di valore da determinarsi dalla legislazione federale. In tal caso però le spese vanno esclusivamente a carico delle parti.

Art. 103.

L'azione del Tribunale federale per le sentenze criminali è determinata dalla legislazione federale, che stabilirà ulteriormente sul mettere in istato d'accusa, sulla formazione delle Corti criminali (cours d'assises) e sul Tribunale di Cassazione.

Art. 104.

La Corte criminale, coll'aggiunta dei Giurati che pronunciano sulle quistioni di fatto, giudica:

a. nei casi che un'Autorità federale rimandi al giudizio penale gli impiegati da lei stessa nominati;

b.

b. nei casi di alto tradimento contro la Confederazione, di rivolta o di violenza contro le Autorità federali;

c. dei delitti e mancanze contro il diritto del Popolo;

d. dei delitti politici e delle mancanze che furono cagione e conseguenza di turbolenze tali da rendere necessario l'intervento federale armato.

L'Assemblea federale ha diritto di pronunciare amnistia o grazia per delitti o mancamenti di questa natura.

Art. 105.

Il Tribunale federale giudica inoltre sulla violazione dei diritti garantiti dalla Costituzione federale, quando le relative accuse vengano a lui rimesse dall'Assemblea federale.

Art. 106.

È in potera della legislazione federale il dichiarare di competenza dell Tribunale federale anche altri casi, oltre agli oggetti designati agli articoli 101, 101 A e 105.

Art. 107.

La legislazione federale determinerà più particolarmente:

a. intorno alla creazione di un Procuratore per lo Stato;

b. intorno ai delitti e mancanze di competenza del Tribunale federale, ed intorno alle pene da applicarsi;

c. intorno alla procedura, che dee essere orale e pubblica;

d. intorno alle spese giudiziarie.

V. Disposizioni diverse.

Art. 108.

Tutto che si riferisce alla sede delle Autorità federali è oggetto della legislazione federale.

Art. 109.

Le tre lingue principali della Svizzera, la tedesca, la francese e l'italiana sono lingue nazionali della Confederazione.

Art. 110.

I funzionarii della Confederazione sono responsabili della loro gestione. Una legge federale determinerà in modo più preciso questa risponsabilità.

Capitolo terzo.

Riforma della Costituzione federale.

Art. 111.

La Costituzione federale può essere riformata in ogni tempo.

Art. 112.

La riforma ha luogo nel modo stabilito dalla legislazione federale.

Art. 113.

Quando una Sezione dell'Assemblea federale decide la riforma e l'altra non vi acconsente, oppure quando cinquantamila Cittadini svizzeri, aventi diritto di voto, domandano la riforma della Costituzione federale,

si

si nell'uno che nell'altro caso la domanda — « se la riforma abbia o no ad aver luogo » — deve sottoporsi alla votazione del Popolo svizzero.

Quando in uno di questi casi la maggioranza dei Cittadini svizzeri votanti si dichiara affermativamente sulla domanda, si procederà alla rielezione dei due Consigli onde por mano alla riforma.

Art. 111.

La Costituzione federale riveduta entra in vigore quando è accettata dalla maggioranza de' Cittadini attivi, che avranno votato, e dalla maggioranza dei Cantoni.

Disposizioni transitorie.

Articolo 1.

I Cantoni debbono pronunciarsi sull' accettazione della presente Costituzione federale a quel modo che è prescritto dalla Costituzione cantonale, o — dove la Costituzione nulla prescrive su ciò — a quel modo che verrà stabilito dalla suprema Autorità del rispettivo Cantone.

Art. 2.

I risultati della votazione debbono spedirsi al Direttorio federale e per suo mezzo alla Dieta, la quale decide se la nuova Costituzione federale sia accettata.

Art. 3.

Se la Dieta ha dichiarato che la Costituzione federale è accettata, prende immediatamente le necessarie provvidenze perchè venga eseguita.

Le attribuzioni del Consiglio federale della guerra e del Consiglio di amministrazione dei fondi federali della guerra passano al Consiglio federale.

Art. 4.

Le prescrizioni contenute in principio ed alla lett. c dell' art. 6. della presente Costituzione federale non possono applicarsi alle Costituzioni dei Cantoni presentemente in vigore.

Quelle disposizioni delle Costituzioni cantonali, che sono in opposizione alle altre prescrizioni della Costituzione federale, cessano, come abolite, dal giorno

» giorno che quest'ultima è stata dichiarata accettata.

Art. 5.

La riscossione dei diritti svizzeri di frontiera dura finchè la tariffa dei nuovi dazi di confine da introdursi sia stata posta in esecuzione.

Art. 6.

Le risoluzioni della Dieta ed i concordati rimangono in vigore fino alla loro soppressione o cangiamento, quando però non sieno in opposizione alla presente Costituzione federale.

Per lo contrario cessano dalla loro validità quei concordati, il contenuto dei quali fu dichiarato come oggetto di legislazione federale, e precisamente dall'istante che quest'ultima entra in vigore.

Art. 7.

Si tosto che l'Assemblea federale ed il Consiglio federale sono costituiti, cessa d'aver vigore il Patto federale del 7 agosto 1815.

Decreto

concernente la dichiarazione solenne dell'accettazione della nuova Costituzione Federale della Confederazione Svizzera,

---

La Dieta federale

Presi in esame i processi verbali e gli altri atti che sono pervenuti da parte di tutti i Cantoni al Direttorio Federale relativamente alla votazione sulla Costituzione Federale della Confederazione Svizzera, sanzionata dalla Dieta nelle sue sedute dal 15 maggio al 27 giugno 1848 inclusivamente;

Considerando che si ruisce da queste comunicazioni che tutti i Cantoni si sono pronunciati sull'accettazione o rigetto dell'accennata Costituzione Federale, nel modo esplicitamente prescritto dall'art. 1°. delle disposizioni transitorie;

Considerando risultare dall'esame accurato dei processi verbali sulla votazione eseguita in tutti i Cantoni che la Costituzione Federale per la Confederazione Svizzera è stata adottata da quindici Cantoni e mezzo, rappresentanti insieme una popolazione di 1,897,887 anime, per conseguenza la grande maggioranza dei cittadini attivi, così come la gran maggioranza dei Ventidue Cantoni;

In esecuzione dell'art. 2. delle disposizioni transitorie, dietro le quali spetta alla Dieta di decidere, fatto lo spoglio della votazione, se la nuova Costituzione Federale è accettata o no,

Decreta:

Articolo 1. La Costituzione Federale della Confede-

razione

razione Svizzera, adottata dalla Dieta nelle sue sedute dal 15 maggio al 27 giugno 1818, e stata sottoposta alla votazione in tutti i Cantoni conformemente all' articolo 1° delle disposizioni transitorie, è dichiarata solennemente accettata e riconosciuta come legge fondamentale della Confederazione Svizzera.

Art. 2. La presente Dichiarazione sarà deposta in originale, unitamente alla Costituzione Federale quale fu accettata, negli archivi federali siccome atto autentico: ne sarà stampato un numero sufficiente di esemplari, che saranno immediatamente, per cura del Direttorio, comunicati a tutti i Governi cantonali onde sieno portati alla conoscenza di tutti i Cittadini.

Art. 3. La Dieta prenderà immediatamente le disposizioni necessarie all' attivazione della Costituzione Federale.

Fatto a Berna, il 12 settembre 1818.

La Dieta Federale ordinaria
e in suo nome
Il Presidente del Consiglio esecutivo di Berna
Direttorio Federale
Presidente della Dieta

Mey: Luth.

Il Cancelliere della Confederazione

Schiess.

